

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Montage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 1/2 Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate
1/4 Sgr. für die fünfgepal-
tene Seite oder deren Raum,
Reklamen verhältnißmäßig
höher, sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amliches.

Berlin, 3. Februar. Se. Majestät der König haben Allergnädigst ge-
ruht, den nachbenannten Offizieren 1c. Orden und Ehrenzeichen zu verleihen,
und zwar: den Rothen Adler-Orden erster Klasse mit Eichenlaub und Schwer-
tem am Ringe: dem Generalleutnant z. D. v. Flies, bisherigen Komman-
danten v. Altona; den Stern zum Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit
Eichenlaub: dem Generalleutnant z. D. v. Böhn, bisherigen Komman-
danten von Stettin, und dem Generalleutnant z. D. Hagemeier genannt
v. Nieselschütz, bisherigen Inspektor der 1. Artillerie-Inspektion; den
Königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse: dem General-Major z. D. v. De-
bisch, bisherigen Kommandeur der 4. Infanterie-Brigade.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den Regierungs-
Rath Sigismund zum Geheimen Finanzrath und vortragenden Rath im Fi-
nanz-Ministerium, und den Stadt- und Kreisrichter Meyer in Wolmirstedt
zum Stadt- und Kreisgerichts-Rath zu ernennen; dem Haupt-Bollamts-Ren-
danten Wefberge in Seefemünde den Charakter als Rechnungs-Rath; so
wie dem praktischen Arzt z. Dr. Ludwig Pirsch in Charlottenburg den
Charakter als Sanitäts-Rath; ferner den Kaufmann Stahlberg und de la
Barre in Stettin, und den Fabrikbesitzer Lamberts in W. Gladbach den
Charakter als Kommerzienrath zu verleihen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Köln, 2. Februar, Abends. Die rückständig gewesen en-
glichen Posten vom 31. Januar und 1. Februar c. sind heute um
9 Uhr 40 Minuten Abends hier eingegangen.

Stuttgart, 3. Januar, Abends. Die Kammer der Stän-
desherren hat in ihrer heutigen Abend Sitzung das Zollparlaments-
Wahlgesetz einstimmig angenommen. — Die Publikation des Ge-
setzes, welches die Entschädigung der Eigenthümer für Tödtung der
von der Rinderpest ergriffenen Hausthiere festsetzt, wird in Ueber-
einstimmung mit den bezüglichen Beschlüssen des Abgeordnetenhaus-
es als bevorstehend bezeichnet.

Karlsruhe, 3. Februar, Abends. Die Abgeordnetenka-
mer nahm den Antrag der Kommission an, die Forderung des
außerordentlichen Budgets für das Kriegsministerium von 4,835,168
fl. auf 3,292,779 fl. herabzusetzen. Der Gesetzentwurf betreffend
das Verfahren gegen ungehorsame Wehrpflichtige wurde gleichfalls
genehmigt.

London, 2. Februar, Abends. Die Königin wird, wie frü-
her, die Drawing-rooms wieder aufnehmen. Graf Derby hütet
sich noch das Zimmer, sein Zustand ist jedoch besser.

Der gestrige Sturm hat sehr großen Schaden angerichtet.
Hier in der Stadt sind wenigstens 4 und auf der Themse 16 Men-
schen ums Leben gekommen. Von allen Seiten gehen Berichte
über die Verheerungen ein, welche der Sturm, besonders durch
Uebertreten der Flüsse angerichtet hat. Aus Yorkshire werden viele
Anfälle, welche Segelschiffe betroffen, gemeldet. In Süd-Wales
stürzte ein Eisenbahnzug in Folge der Brückenbeschädigung in einen
Fluß, wobei zwei Menschen das Leben verloren. Das Schiff „Sir
George Seymour“, von Birkenhead nach Bombay unterwegs, ver-
brannte auf offener See, die Mannschaft wurde gerettet.

In Liverpool haben die Raskührer Strike gemacht.
Florenz, 3. Febr. Die „Italienische Korrespondenz“ mel-
det den Ausbruch von Unruhen in Padua in Folge des Beschlusses
der Kirchenbehörden, den Sieg von Mentana durch eine dreitägige
kirchliche Feier zu begehen, und fügt hinzu, daß der Minister des
Innern unverweilt Maßregeln ergriffen habe, um den Ausbruch
ähnlicher Unruhen in andern Orten des Königreichs zu verhindern.

Die innerhalb des Herrenhauses gemachten Vorschläge

neben der Freiheit der parlamentarischen Berathung dem Mißbrauch
zu wehren, werden mit dem Blömer'schen nunmehr wohl erschöpft
sein. Der nach dem Below-Franckenberg'schen Gesetzentwurf erfor-
derliche Apparat ist zu komplizirt, ohne dabei doch den Staatsgerichtshof
entbehren zu können, und wenigleich die Regierung sich ihm, wie
verlautet, geneigt zeigen sollte, ist keine Aussicht, daß er Gesetz wird,
da er im Abgeordnetenhaus zu großen Widerstand zu erwarten
hat. Auf die Möglichkeit der Annahme im Abgeordnetenhaus ist
dagegen der Blömer'sche Entwurf berechnet; die Motive selbst sprechen
die „berechtigte Erwartung auf die Zustimmung des Abgeordnetenhaus-
es“ aus. Auf alle Fälle empfiehlt sich der Blömer'sche Vorschlag durch
seine Einfachheit, indem er nicht besondere richterliche Organe und als
Strafen nur eine Art Censur verlangt. Peinliche Strafen, wie sie
der Below'sche Entwurf fordert, sind nicht ausführbar gegen Auschrei-
tungen, die stets nur als Ausflüsse des parlamentarischen Verfalls er-
scheinen. Der Ausschluß aus dem Hause muß auch schon an sich
als schwere Strafe gelten in einem Lande, in welchem der Parla-
mentarismus sich im Besitze hoher Würde befindet. Der Blömer-
sche Antrag lautet vollständig:

„Erster Artikel. Der erste Abj. des Artikels 84. der Ver-
fassungsurkunde vom 31. Januar 1850 ist aufgehoben.

Zweiter Artikel. An dessen Stelle treten folgende Bestim-
mungen: Kein Mitglied des Landtags darf zu irgend einer Zeit
wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Be-
rufs gethanen Äußerungen gerichtlich oder disciplinär verfolgt
werden, oder sonst außerhalb der Versammlung derjenigen Hauses, zu wel-
chem es als Mitglied gehört, zur Verantwortung gezogen werden.
Dagegen hat jedes Haus das Recht und die Pflicht, außer den, dem
Präsidenten des Hauses zur Handhabung des Geschäftsanges und
der Disziplin geschäftsordnungsmäßig übertragenen Befugnissen
(Art. 78. der Verf.), auf Anträge der nachbestimmten Art, solche
Äußerungen auch seiner unmittelbaren Beurtheilung zu unterstellen
und sie, sofern es den Antrag begründet findet, für „unrichtig“,
für „unpassend“, für beides zugleich, oder für „unwürdig“ zu er-
klären.

klären. Die letztere Erklärung des Hauses kann nur von zwei
Dritteln der Stimmen erfolgen. Ergeht sie von dem Abgeordneten-
haus, so ist damit das Mandat des Abgeordneten, den sie trifft, er-
loschen, und der Abgeordnete selbst für die Dauer der Legislatur-
Periode nicht mehr wählbar. Ergeht sie von dem Herrenhaus, so
hat dieses Haus nach Maßgabe der Bestimmungen der Verordnung
vom 12. Oktober 1854 zu verfahren. Anträge auf die vorbezeich-
neten Erklärungen des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses
sind gestattet: 1) einer vereinigten Zahl von fünfzig Mitgliedern
desjenigen Hauses, in welchem die Äußerungen gemacht worden
sind; 2) einzelnen andern Personen, Landtags-Mitgliedern oder
nicht, jedoch den Eimen wie den Andern, nur in Vertretung ihrer
persönlichen Interessen. Die Anträge ad 1 und 2 sind nur zulässig
innerhalb einer den gemachten Äußerungen nachfolgenden Frist
von 14 Tagen. Wird das Haus vor Ablauf dieser Frist vertagt,
geschlossen oder aufgelöst, so ist diese Frist bis zum Ablauf der ersten
Woche nach der ersten Sitzung des neu- oder des wiederzusammen-
tretenden Hauses ausgedehnt. Einmal abgelehnte Anträge auf Er-
klärungen des Abgeordnetenhauses oder des Herrenhauses können
wegen derselben Äußerungen zu keiner Zeit und von keiner Seite
mehr erneuert werden. Anträge ad 2 sind, ohne daß sie zur Be-
rathung gelangen dürfen, abgelehnt, sobald sie bei ihrem Aufruf in
dem einen oder dem andern Hause nicht die Unterstützung von 30
Stimmen finden, die der antragstellenden Mitglieder ausgeschloffen.“

Der Justizminister, der jedem Vorschlage Gerechtigkeit zuge-
steht, welcher die Lösung der obwaltenden Schwierigkeiten in
Aussicht stelle, könnte sich mit dem Blömer'schen Vorschlage um
so mehr zufrieden geben, als dieser nicht nur das Prinzip der Re-
gierung wahr, sondern auch die Würde des Hauses, das in seinen
inneren Angelegenheiten selbst Richter sein will. Das Herrenhaus
selbst wird nicht glauben, für sich drakonischer Gesetze zu bedürfen,
es könnte nur sein, daß es darauf bedacht wäre, der Redefreiheit
des Abgeordnetenhauses festere Schranken zu setzen, aber man muß
sich klar machen, daß es nicht allein die Höhe der Strafen ist,
welche gegen Ausschreitungen schlägt, sondern ihre moralische
Wirkung.

Im Ganzen wird eine Strafverhängung, namentlich die Ver-
hängung des höchsten Strafgrades nur äußerst selten vorkommen,
am ehesten in Zeiten, wo die Leidenschaften hoch gehen. Die Institution
wird aber schon durch ihr bloßes Bestehen zur Verhütung groben
Mißbrauchs der Redefreiheit wirken. Daneben ist wohl zu bea-
chten, daß Excesse innerhalb der gesetzgebenden Körper, sofern sie in
der Berufstätigkeit der Abgeordneten nicht zusammenhängen, auch
ihren besonderen Richter behalten. In dieser Beziehung ist die ge-
genwärtige Fassung des Art. 84 gerettet. Es muß damit jedes Be-
denken der Regierung, sich an dieser Abänderung genügen zu lassen,
schwinden. Von liberaler Seite aber könnte man sich ebenfalls zu
diesem Auswege gratuliren; denn die Auslegung, welche man dort
dem Art. 84 gab, hat sich nun denn doch nicht als haltbar erwiesen
und Viele von denen, welche in der Konfliktperiode jede einschrän-
kende Auffassung mit Spott und Hohn verfolgten, haben sich in-
zwischen eines Besseren besonnen.

Deutschland.

Preußen. △ Berlin, 3. Februar. Die am Sonnabend
eingegangene Nachricht, daß die Verhandlungen, welche in Wies-
baden mit den Spielpächtern geführt wurden, abgebrochen seien
wegen Ablehnung der preussischen Bedingungen, entbehrte der Be-
gründung. Richtig dagegen ist die neuere Nachricht, daß auf Grund
der preussischen Vorschläge ein Abkommen erzielt sei. Jedoch bezieht
sich dieses Abkommen zunächst nur auf die Banken in Wiesbaden
und Gms, welche derselben Gesellschaft gehören. Bekanntlich sind
die Verhandlungen mit Homburg von Anfang an am meisten er-
folglos gewesen, drohte doch Herr Blanc im vorigen Jahre sogar
einmal lächerlicher Weise mit einer Verurteilung um Schutz seines Pri-
viliegiums an den französischen Kaiser! — indeß steht jetzt doch zu
erwarten, daß die Interessenten, vor die Alternative gestellt, nach-
zugeben oder ein legislatives Veto des Spiels zu erhalten, schließ-
lich auf das Ultimatum der Regierung eingehen werden.

Das Befinden des Ministers des Innern erhält sich in
der Besserung, jedoch ist derselbe noch nicht so weit wieder herge-
stellt, daß er das Zimmer verlassen könnte. Die Behauptung, daß
Graf Culenburg eine Verfügung an die Behörden erlassen habe,
dahin zu wirken, daß die Erträge der Sammlungen für die Roth-
leidenden in Ostpreußen möglichst den beiden hiesigen Centralverei-
nen zugewendet würden, wird mir als irrig bezeichnet. Es ist über-
haupt in der Nothstandsangelegenheit keine weitere allgemeine Ver-
fügung aus dem Ministerium des Innern hervorgegangen, als der
bekannte, derzeit sofort durch den „Staatsanzeiger“ veröffentlichte
Ministerialerlaß. — Der Bevollmächtigte, welcher, wie ich Ihnen
gestern schrieb, zu Postverhandlungen aus Brüssel erwartet
wird, ist der Generaldirektor Fassinaur, und die ihn begleitenden
Direktoren heißen Bronne und Montgenast.

Gleichzeitig mit diesen neuen Postverhandlungen dauern die
mit der norwegischen Regierung, als deren Vertreter bekanntlich
Herr Rye in Berlin anwesend ist, noch immer fort. Diese Ver-
handlungen nehmen besonders deshalb eine längere Zeit in Anspruch,
weil die Einholung von Instructionen aus Christiania in der je-
zigen Jahreszeit nicht rascher als binnen 7 Tagen zu ermöglichen
ist. Zu den Hauptfragen der Besprechung gehört auch die der Post-
beförderung zwischen dem Norddeutschen Bund und Norwegen, und
es wird beabsichtigt dieselbe von Dänemark unabhängig zu machen.
Beiderseits wünscht man durch Postdampfschiffe, welche zwischen

Christiania und Kiel gehen sollen, die Postverbindung zwischen
beiden Postgebieten zu bewirken. Es handelt sich hierbei jetzt be-
sonders noch um eine Verständigung wegen Tragung der Kosten
für die Einrichtung und Erhaltung einer solchen Postdampfschiff-
linie, welche zunächst in norwegischem Interesse liegt. Die dortige
Nhederei ist bekanntlich sehr bedeutend und würde es für dieselbe
wichtig sein, wenn die Korrespondenz mit den europäischen Hafen-
städten nicht mehr wie bisher über Kopenhagen zu gehen brauchte.

— Auf der Pariser Ausstellung hatten zwei sehr schöne Vasen
aus der Porzellanfabrik von Sevres die Aufmerksamkeit Ihrer Ma-
jestät der Königin gefesselt. Der Kaiser Napoleon hat sie vor
einigen Tagen der Königin geschickt und sie zierten bei dem letzten
Empfang am Hofe den ersten Salon.

— Der Kriegsminister v. Roon hat das von Sr. Majestät
dem Könige ihm überwiesene Dotationskapital von 300,000 Thlr.
zu einer Familien-Stiftung unter dem Namen „v. Roon'sche
Familien-Stiftung“ gewidmet, welche, nachdem sie von dem königl.
Stadtgericht hier selbst, als Stiftungsbehörde, bestätigt worden, auch
die Sanction Sr. Maj. des Königs erhalten hat.

— Das Resultat der Reichstagswahl für den Wahlkreis
Neckermünde-Wedem ist verkündet. Gewählt ist Hr. v. Patow
mit 2932 gegen v. Endevert mit 2301 Stimmen, 29 Stimmen
zersplitterten sich.

— Es kommen nicht selten Fälle vor, daß auf Briefen aus
Deutschland nach Spanien und Portugal die Adressen in deutscher
Sprache abgefaßt und mit deutschen Buchstaben geschrieben werden.
Da in diesen Ländern den Postbeamten die deutschen Schriftzeichen
im Allgemeinen unbekannt sind, so gelangen diese Briefe meist nicht
an ihre Adresse. Die oberste Postbehörde des Bundes hat deshalb
die Postanstalten veranlaßt, dem Publikum zu empfehlen, sich für
die Adressen auf Briefen nach Spanien und Portugal der lateini-
schen Buchstaben zu bedienen.

Hannover, 1. Februar. Die „Ztg. f. Nordd.“ berichtet:
Militärpflichtige junge Leute sind in letzter Zeit wieder in größerer
Zahl von hier entflohen. In der Provinz geht es nicht besser; noch
immer glaubt die durch falsche Vorpiegelung irreführte Jugend,
ein Umsturz könne bevorstehen und die alte Ordnung der Dinge
siegreich wieder ihren Einzug halten. Acht junge Leute, die einen
Fluchtversuch unternahmen, jedoch, wie verlautet, an der holländi-
schen Grenze festgenommen wurden, sind hier vorgestern unter Be-
deckung eingebracht. Ein Gerücht wollte gestern wissen, daß ein
Lohnknecht wegen Falschwerberei verhaftet sei; derselbe soll den von
ihm Verführten ansehnliche Summen als Reisekosten zc. ausgezahlt
haben. Gewiß dürfte sein, daß der demnächst stattfindende
Extrazug nach Wien Manchen auf Nimmerwiedersehen entführt.
Schon jetzt vermisst man seit einigen Tagen den Knecht einer Eisen-
handlung, so wie den eines Getreidehändlers. Ein Knecht des
Zoologischen Gartens, so wie der Rutscher des Wirthes Scheele da-
selbst sind ebenfalls verschwunden und die Vermuthung liegt nahe,
daß sie sämmtlich ihren Weg nach Hiezing zc. genommen haben.
Mehrere Reservisten, die entflohen sind, haben sogar Weib und
Kind zurückgelassen.

Eingen, 1. Februar. Als Bestätigung des Fortbestehens der
jungen Hannover'schen Legion wird mitgetheilt, daß am 30. auf
der Bahnhofstation Salzbergen 18 junge Leute angehalten worden
sind, welche bei ihrer Vernehmung erklärten, sie beabsichtigen nach
Holland zu gehen, um sich für die Legion anwerben zu lassen. Acht
dieser Leute waren reservistisch, wurden also sofort nach Hanno-
ver transportirt, die übrigen, als noch nicht militärpflichtig, dage-
gen entlassen, obwohl sie aus ihrer Absicht gar kein Geht machten.
Mit Geld waren die Leute reichlich versehen.

Köln, 1. Februar. Gestern Abend zerstörte eine furchtbare
Feuersbrunst die Wollspinnerei des Herrn Classen-Kappel-
mann zu Sieltdorf bei Frechen.

Bereinstätigkeit für Ostpreußen.

Nicht allein in Ostpreußen ist Nothstand, sondern auch in
Westpreußen. Der Kreis Neustadt und seine Vertreter haben,
trotzdem daß bereits zu Kreis-Schaufseebaugewerken an Kreisobligati-
tionen 100,000 Thlr., für Grund- und Bodenentschädigung zum
Bau der Eisenbahn Köslin-Danzig 70,000 Thlr. ausgegeben sind
resp. zur Verrückung kommen sollen, — jetzt bei dem Hervortre-
ten des Nothstandes noch weitere zwei Schauffseelinien zu bauen be-
schlossen. Ferner ist am 1. Febr. in Neustadt ein Hilfsverein zur
Linderung der Noth ins Leben gerufen worden, der es sich zur Auf-
gabe stellt, der Noth im Kreise selbst nach besten Kräften entgegen-
zutreten. Ferner war am 1. Dezember vorigen Jahres eine kreis-
ständische Deputation in Berlin, um den betreffenden Herren Mi-
nistern die Lage des Kreises vorzustellen, und um Beschleunigung
des Baues der Bahn Köslin-Danzig zu bitten, damit Arbeitsstät-
ten in umfassendem Maße geschaffen würden. Ein Hinderungs-
grund der sofortigen Inangriffnahme des Bahnbaues war die nicht
beliebte unentgeltliche Hergabe von Grund und Boden im Danziger
Stadt- und Landkreise. Es erbot sich jedoch, wie bereits bekannt ist,
die Stadt Danzig, diesen Grund und Boden frei zur Disposition
zu stellen, wenn ihr hierzu eine Summe von 20,000 Thlrn. einge-
zahlt würde. Diese unbedeutende Summe wurde unserer Deputa-
tion auch in sichere Aussicht gestellt, so daß sie glücklich über das
Erlangte hierher zurückkehrte, froh, das letzte Hinderniß beseitigt zu
sehen, welches dem Beginne des Bahnbaues und besserer Lage für
unsere Arbeiterklasse bisher im Wege stand. Heute ist der Bescheid
aus dem Ministerium angelangt, daß diese 20,000 Thlr. Zuschuß
jetzt nicht mehr in Aussicht gestellt werden können.

Moskau, 28. Januar. Eine unter den hier lebenden deut-
schen veranstaltete Sammlung für die Nothleidenden in Ostpreu-

hen hat den Betrag von 663 Rubeln ergeben. Diese Summe ist durch Vermittelung des Norddeutschen Bundeskonsulats zu Moskau nach Königsberg i. Pr. überwiesen worden.

Sachsen. Dresden, 31. Januar. In der Nacht vom 26. auf den 27. Januar ist, wie die „Konst. Ztg.“ schreibt, der königl. Kammerfänger Niemann aus Dresden plötzlich verschwunden, und zwar ohne Hinterlassung irgend welcher entschuldigenden oder aufklärenden Notiz, die auch heute noch fehlt. Ohne den Unfall, daß ein Theaterdiener den Künstler aufsuchen und etwas fragen wollte, wären Publikum, Kapelle und Sänger um 6 Uhr Abends zu den „Eugenotten“ in's Theater gegangen. Die Indignation über das Ereigniß möge im Publikum gemildert werden durch die Thatsache, daß der Sänger persönlich an einer ernstlichen Wendung seines Schicksals stand und höchst erregt abreiste.

Österreich.

Wien, 2. Februar. Aus der Fundgrube offizieller Dokumente, die den Juristen nach der Eroberung von Puebla und Mexico in die Hand gefallen sind, liegt mir ein höchst interessanter Auszug vor, der allerdings — zur Entschuldigung des Trauerspiels von Queretaro — beweist, daß an den Massensühnungen während der Invasion das kaiserliche Regiment mindestens eben so viel Schuld trägt wie Bazaine. Der Urheber des Auszugs meint, daß — mit Rücksicht auf die dünn gesäte Bevölkerung Mexikos — die imperialistische Periode verhältnißmäßig mehr Leute auf den Richtplatz geschickt hat, als der Konvent. Der ärgste Terrorist war Staatsrath Gloin, den König Leopold seinem Schwiegerbruder zum Geschenk gemacht; bekanntlich war er denn auch moralisch Schuld an Maximilians Tode durch den famosen Brief, welcher den Kaiser bewog, von Salavillo nach Mexico zurückzukehren, weil man ihm die Hoffnung vorgespiegelt, er könne nach einem ehrenvollen Rückzuge aus Mexico in Oesterreich als Rivale Franz Josephs auftreten. Im Kaiserpalaste nun fand man eine vom 1. November 1864 — also ein Jahr vor dem berühmten Sühnungsdekret — datirte Note „aus dem Kabinet Sr. Maj.“, welche die Vollziehung der standrechtlichen Urtheile anordnete. Am 21. Februar 1865 fragt Ehrlicher vom mexikanischen Generalstabe an wegen zweier verurtheilter Individuen, deren Hinrichtung das Kriegsgericht verschoben hat. Am Rande steht: „Gemäß den Befehlen des Kaisers ist der Gerechtigkeit freier Lauf zu lassen und die Hinrichtung morgen zu vollziehen.“ Am 21. Mai 1865 erfuhr Oberst Carteret in Dajaca um Autorisation zur Suspension von Todesurtheilen. Die Marginalbemerkung lautet: „Se. Majestät hat entschieden, daß der Gerechtigkeit freier Lauf gelassen werde.“ Am 24. Juni 1865 ergeht aus dem „Militärkabinet des Kaisers“ folgende Note an Bazaine: „Se. Maj. hat beschloffen, daß ihm in Zukunft die Todesurtheile nicht mehr unterbreitet werden sollen, die Gerechtigkeit soll ihren vollen Lauf haben; Se. Maj. gedenkt in keiner Weise sich in ihre Entscheidungen zu mischen.“ Höchst interessant ist der Bericht über die Staatsrathssitzung vom 2. Oktober 1865, in der unter Maximilians Präsidium das verhängnißvolle Sühnungsdekret beschloffen ward. Der Kaiser eröffnete die Berathung mit der Erklärung, es müsse ein Gesetz erlassen und auf's strengste ausgeführt werden, um die Räuber (d. h. die Republikaner) exemplarisch zu züchtigen. Bei der Diskussion über Art. I. stimmt Se. Majestät der Verschärfung zu, daß Jeder, der mit einer Guerilla geht, ebenso schuldig sein soll, wie ein aktiver Teilnehmer; ebenso bleibt bei Art. III. und IV. die mildere Ansicht gegen den Kaiser in der Minorität — ja bei Art. IX. bildet Reiterer allein die Minorität für die härtere Formulirung. Die überstimmte Partei machte hinterdrein noch einen Versuch, den Kaiser zu überreden, der aber fragte bei Elvin in Puebla an und auf dessen Gutachten, jede Berücksichtigung von Gnadenge suchen und jede Strafumwandlung sei völlig unzulässig, blieb es bei den gefassten drakonischen Beschlüssen. Seht nahm man das Sühnungsdekret so gemüthlich ernst, daß die Offiziere oft fogar Lust zeigten, auch die gefangenen Gemeinen, also ausgehobene Soldaten des Suarez, erschießen zu lassen; und daß das Militärkabinet sich auf die betreffenden Anträge — z. B. in einem Falle, wo es sich um 418 Menschenleben handelte — sich nicht traute, mit einem einfachen „Nein“ zu antworten, sondern beim Kaiser anzufragen und dessen Erklärung mitzutheilen versprach.

Frankreich.

Paris, 1. Februar. Die gestrige Sitzung des gesetzgebenden Körpers war eine der stürmischsten, welche seit langer Zeit im Palais Bourbon stattgefunden. Jules Favre prickelte mit seinen scharfen Sarkasmen die Majorität in höchst unwillkommener Weise, und verschiedene Male wurde der Versuch gemacht, dem Redner entweder das Wort wegzuschnappen oder ihn doch niederzuschreiben. Granier de Cassagnac, nahm nach dem Chef der Linken das Wort gleichfalls gegen die Preßgesetzvorlage allerdings nur, um sie vom entgegen gesetzten Standpunkte, dem reaktionären, mit einer Entschiedenheit anzugreifen, die man kaum mehr für möglich gehalten. Cassagnacs Angriffe sind schlechterdings nicht ganz ohne alle Berechtigung, wenn auch der gasstönige Hohn in seinem an die Herren der Landrathskammer in Preußen erinnernden Kampfe gegen die freie Presse oft genug das Kind mit dem Bade ausschüttet. Als der Redner voll Emphase ausrief: „Je marche droit au but“, schallte ihm von der Zuhörtribüne das Wort entgegen: „Au bague!“ Diesem Ausrufe folgte eine Scene unbefehliger Verwirrung, u. der Präsident war genöthigt, durch Huissiers die sofortige Räumung der Tribüne androhen zu lassen, falls die Ruhe nicht hergestellt werde. Diese Scene fehlt im Moniteurbericht. Selbstverständlich sprach Cassagnac den Satisfaktions aus dem Herzen, und die Regierung konnte noch am Abend den tiefen Eindruck konstatiren, den die reaktionäre Verebtheit auf das Gros der Kammer-Mehrheit gemacht. Es war einen Moment lang wirklich die Rede davon, das Gesetz ganz zurückzuziehen. Abends um 9 Uhr wurden die Mitglieder des geheimen Rathes und des Ministeriums nach den Tuileries entboten, wo sie unter dem Vorfige des Kaisers berieten.

Heute Morgen um 11 Uhr fand eine neue Zusammenkunft in der kaiserlichen Residenz statt. Vorläufig scheint die Absicht vorzuwalten, im Falle der Verwerfung des §. 1 der Vorlage, betreffend Abschaffung der vorgängigen Autorisation zur Herausgabe eines Journals, das ganze Gesetz zurückzuziehen und durch einen anderen Entwurf zu ersetzen. Die Frage, ob das Schweigegesetz der unabhängigen Blätter den Kammerverhandlungen gegenüber fortzu setzen sei, wurde in der Vereinigung der Chef-Redakteure und der Opposition bei Marie lange erörtert. Janicot (Gazette de France) und Guérault (Opinion) wollten selbst den Comptes-rendus analytisch unterdrücken. Girardin schlug vor, das Lob der Oppositions-Deputirten in denselben Tonarten zu singen, in welchen die Offi-

ciofen den Ministern Elegien sagten, und so die Regierung zu zwingen, sich auf neue Monstreprozesse einzulassen. Schließlich beharrte man dabei, keine Artikel über die Kammerdebatten mehr zu publiciren. — Die Kerveguen'sche Affäre scheint mittlerweile feltame Wandlungen durchmachen zu müssen. Während weder der Bankier Leiden noch Dr. Bamberg aufgefordert wurden, vor einem Ehrengerichte Zeugniß abzulegen, sind sieben Deputirte, zwei Sozialisten, ein Oberst und ein Divisionsgeneral erjucht worden, sich bei Berruyer behufs ihrer Vernehmung einzufinden. Herr Berruyer ist übrigens schon seit längerer Zeit im Besitz eines Schriftstückes des preussischen Vorkämpfers, in welchem sich dieser bereit zeigt, jede Erklärung, in welcher Form sie immer vorgelegt würde, zu unterschreiben und abzugeben, um so die gänzliche Unschuld des Herrn Guérault zu bezeugen. Selbstamer Weise hat das Ehrengericht bis jetzt hiervon noch keinen Gebrauch gemacht.

Rußland und Polen.

Wie berichtet wird, hat sich in Petersburg unter Vorfig des Thronfolgers ein Centralkomitee zur Unterstützung der durch Hungersnoth Leidenden für die Ostschaffen Gesamttrulands gebildet.

Die Lemberger „Gazeta Narodowa“ nennt zwölf russische Ingenieuroffiziere mit Namen und Charge, welche gegenwärtig in Bulgarien zur militärischen Besichtigung des Landes reisen sollen. Daß das russische Kriegsministerium, ähnlich dem französischen, unternehmungslustig ist, und auch in Polen allerlei Vorbereitungen trifft, ist unzweifelhaft; aber es würde irrig sein, davon einen Rückschluß auf die Politik der betreffenden Kabinete zu machen. Die Wahrheit ist, daß die Generale in der ganzen Welt die generelle Erlaubniß bekommen haben, die militärischen Dinge auf einen früher ungekannten Grad zu entwickeln, ohne daß die Kabinette wissen, wann und wo davon Gebrauch gemacht werden wird. (Post.)

Vom Landtage.

41. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Berlin, 3. Februar. Eröffnung 10½ Uhr. Am Ministertisch der Justizminister.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Justizkommission über das Gesetz, betreffend die Anstellung im höheren Justizdienst.

Das Gesetz ist bekanntlich im Herrenhause zuerst berathen und dort mehrfach verändert worden — Die Justizkommission des Abgeordnetenhauses hat aber dennoch die vom Herrenhause beschlossene Fassung mehrfach geändert, und schlägt folgenden Entwurf vor:

(Die Veränderungen sind gesperrt gedruckt.)
Wir Wilhelm etc. etc. verordnen mit Zustimmung beider Häuser des Landtages für den ganzen Umfang unserer Monarchie, was folgt:

§. 1. Wer in dem einen Landestheile unserer Monarchie nach den dort geltenden Bestimmungen die Befähigung erlangt hat, das Amt eines Richters bei einem Kollegialgerichte zu bekleiden, kann auch in den übrigen Landestheilen als Richter, Rechtsanwalt, Advokat, Advokat-Anwalt, Advokat oder als Beamter der Staatsanwaltschaft angestellt werden.

Auf Fälle der Versetzung im Wege der Disciplinarstrafe findet diese Vorschrift keine Anwendung. (Das letzte Alinea ist ganz neu zugefügt.)

§. 2. Zur Anstellung als Mitglied eines Appellationsgerichts ist erforderlich, daß der Beamte mindestens vier Jahre als etatsmäßiger Richter oder als Beamter der Staatsanwaltschaft oder als Rechtsanwalt (Advokat, Advokat-Anwalt) angestellt gewesen ist.

§. 3. Zur Anstellung als Mitglied des Obertribunals ist erforderlich, daß der Beamte mindestens vier Jahre als vortragender Rath im Justizministerium, als Mitglied eines Appellationsgerichts, als Präsident oder Kammerpräsident bei einem Landgerichte, als Präsident oder Vicepräsident bei einem Obergerichte, als Direktor eines Stadt- oder Kreisgerichts, als Ober-Staatsanwalt, General-Prokurator, General-Advokat oder Ober-Prokurator angestellt gewesen ist.

Mitglieder der in den neu erworbenen Landestheilen früher bestehenden Ober-Appellationsgerichte können ohne Rücksicht auf die Dauer ihrer Amtstätigkeit als Mitglieder des Ober-Tribunals angestellt werden.

Angelichen können während eines Zeitraumes von zehn Jahren, angerechnet vom Tage der Publikation dieses Gesetzes, Mitglieder der in den neu erworbenen Landestheilen bestehenden oder bestehenden Appellations- oder Obergerichte, welche seit Eintritt in diese Gerichte 3 Jahre lang etatsmäßige Richter gewesen sind, ohne Rücksicht auf die besonderen Voraussetzungen des ersten Absatzes dieses Paragraphen als Mitglieder des Ober-Tribunals angestellt werden.

§. 4. Bis zur Vereinigung des Ober-Appellationsgerichtes zu Berlin mit dem Ober-Tribunal sind die Vorschriften des §. 3 auch für die Anstellung als Mitglied dieses Ober-Appellationsgerichtes maßgebend.

§. 5. Wer mindestens 4 Jahre die Stelle eines ordentlichen Professors der juristischen Fakultät bei einer inländischen Universität bekleidet hat, kann zum Mitgliede eines jeden Gerichtes ernannt werden, ohne daß die Ablegung der für Richter vorgeschriebenen Prüfung oder für die Ernennung zum Mitgliede eines Appellationsgerichtes, des Ober-Tribunals oder des Ober-Appellationsgerichtes die vorgängige Anstellung bei einem anderen Gerichte erforderlich ist.

§. 6. Alle diesem Gesetze entgegenstehenden Bestimmungen, insbesondere die §§. 1 und 2 der Verordnung vom 8. Februar vor. 3. (Gesetzl. S. 209) werden aufgehoben.

Hierzu sind folgende Amendements gestellt:

- 1) vom Abg. Reichensperger: In der Eingangsformel hinter „Monarchie“ zu setzen: „mit Ausschluß des Bezirks des Appellationsgerichtshofes zu Köln;“
- 2) vom Abg. Windthorst (Weppen): In §. 5 statt „Professor der juristischen Fakultät bei einer inländischen Universität“ zu setzen: „deutscher Universität;“
- 3) vom Abg. v. Guérard: In §. 2 das Wort „Advokat“ zu streichen.

Berichterstatter Abg. Müller (Solingen): Der denselben Zweck verfolgende Gesetzentwurf, der dem Hause schon in voriger Session vorgelegt wurde, wurde damals abgelehnt, einmal weil man die Mitglieder der neuen Landestheile an der Berathung über dies Gesetz Theil nehmen lassen wollte, und weil man befürchtete, daß die Regierung auf Grund dieses Gesetzes eine Erweiterung des Obertribunals vornehmen würde, ohne daß dabei die Mitwirkung des Hauses eintrete. Diese beiden Bedenken sind jetzt geschwunden, und wir haben um so mehr Grund, dies Gesetz jetzt anzunehmen, als die Vortheile desselben recht beträchtlich sind. Denn es wird die Einheit des Staates befördern, es wird beitragen zur Ausbreitung der Rechtswissenschaft zu einer lebendigen Wechselwirkung zwischen der Rechtswissenschaft und der praktischen Justiz. Ich bitte daher um Annahme des Gesetzentwurfes.

Abg. Behring spricht für Ablehnung des Gesetzentwurfes bis nach Erlaß eines Gesetzes über die verschiedenen Examina in der Justiz.

Der Justizminister: Ich kann Ihnen die Versicherung ertheilen, daß dem Landtage bei seiner nächsten Zusammenkunft ein Gesetzentwurf über das Prüfungswesen vorgelegt werden wird. Wenn Sie billigen urtheilen wollen, m. H., so werden Sie mir keinen Vorwurf daraus machen, daß eine solche Vorlage bislang nicht gemacht ist, denn Sie werden erwägen müssen, daß ich erst kurze Zeit im Amte bin und daß meine Zeit außerordentlich in Anspruch genommen ist. Da ich mir aber das Recht nicht nehmen lassen kann, ein solches Gesetz selbst zu prüfen, so habe ich es für richtig gehalten, die Vorlage desselben bis zum Eingang der nächsten Session zu verschieben. Verschiedenen Aeußerungen übrigens des Herrn Vorredners kann ich nicht beitreten; in Nassau, in Kurhessen und Hannover bestehen schon lange zwei Prüfungen und die Bestimmung, daß die zweite Prüfung erst abgelegt werden kann, nachdem der Befähigte 3 bis 4 Jahre praktisch gearbeitet hat. Richtig ist allerdings, daß in Schleswig-Holstein bisher nur eine Prüfung bestand, doch war dieselbe eine ganz außerordentlich strenge, so daß, wer sie bestanden hat, unzweifelhaft als qualifizirt für die Anstellung auch in den übrigen Landestheilen angesehen werden kann.

Die Amendements Ihrer Justiz-Kommission zu bekämpfen, habe ich keinen Anlaß. Eine Ausnahme macht nur der beantragte Zusatz zu §. 1, gegen den ich mich ganz entschieden aussprechen muß, daß nämlich die Vorschriften dieses §. auf Fälle der Versetzung im Wege der Disciplinarstrafe keine Anwendung finden sollen. Wie der Bericht ergibt, hat bereits der Regierungskommisssar, wiewohl vorgebildet, denselben bekämpft; er hat gesagt, die ganze Tendenz des Gesetzes sei ja die, die Anstellungsfähigkeit in der ganzen Monarchie zu einer gleichen zu machen, die Verschiedenheiten überall aufzuheben; mit diesem Gedanken stehe aber jener Zusatz außer allem Zusammenhang. Ich trete dieser Anschauung in allem Maße bei. Aber ich lege viel geringeres Gewicht auf diesen rein formellen Punkt, als auf eine damit im Zusammenhang stehende materielle Erwägung. Ich halte nämlich dafür, daß dieser Satz schroff anstoß gegen einen Grundsatz, welcher vor allen Verwaltungen die Justizverwaltung durchdringen muß und der einen Glaubensartikel für den Chef der Justizverwaltung bilden soll, nämlich, daß die Beamten gerecht und nicht willkürlich zu behandeln sind. Es handelt sich hier nur um eine Versetzung im Wege der Disciplinarstrafe in eine richterliche Stellung von gleichem Gehalte. Diese Versetzung ist nach dem Gesetze von 1856 unbestritten rechtmäßig. Diese Strafe bildet einen Bestandteil im System der Disciplinargewalt und muß im Sinne des Gesetzes von 56 als ein notwendiges Strafmittel angesehen werden. Daraus folgt aber, daß die Möglichkeit dieser Versetzung gegeben werden muß, sobald die Natur der Sache es gestattet. Augenblicklich ist diese Möglichkeit im preussischen Staate nicht gegeben, weil noch eine Verschiedenheit der Anstellungsfähigkeit besteht; so weit diese Verschiedenheit einwirkt, ist die Möglichkeit der Strafversetzung beschränkt. Sobald man nun aber diese Verschiedenheiten beseitigt, ergibt sich die Möglichkeit der Durchfuhrung der Strafversetzung allgemein. Wenn man also die Verschiedenheiten beseitigt und daneben diese Strafe dennoch ausschließt, so ist das irrational, jedenfalls widersprechend dem Geboten des Gesetzes von 1856. Lassen Sie diese Sache einmal praktisch! In den Rheinlanden besteht diese Versetzung auch jetzt nicht; nur diejenigen Mitglieder der rheinischen Gerichte, welche die zweifache Anstellungsfähigkeit erlangt haben, können versetzt werden; etwas, was ihnen also eigentlich zum Vortheil gereichen sollte, schlägt ihnen zum Uebel aus. Dieser feltame Zustand wird durch das Amendement auch auf die neuen Provinzen übertragen. Eine Versetzung z. B. von Frankfurt nach Wiesbaden kann nicht eintreten; die Mitglieder der Berufungsgerichte in Frankfurt, Wiesbaden, Kassel, Bielefeld, Kiel sind der Strafversetzung entzogen. Nur diejenigen Richter, welche ursprünglich den alten Provinzen angehören, Mitglieder dieser Gerichtshöfe geworden sind, unterliegen der Versetzbarkeit. Es können also an denselben Gerichtshöfen Mitglieder Sitz und Stimme haben, die unter ganz verschiedenen Disciplinarrechten stehen. Welch ein wesentlicher Grund soll diese Verschiedenheit wohl rechtfertigen? Ich finde in diesem Amendement den verkörperten Particularismus; einzelne Landestheile schließen sich gegen das Ganze ab, schließen sich gegeneinander ab. Die durch dies Amendement geschaffenen Vorrechte sind nicht bloß allen inneren Grund, sondern sie sind verlegend für die Richter der alten Provinzen. Der Zweck dieses Gesetzentwurfes ist, daß die Idee der Einheit des Staates verwirklicht werde auch im Anstellungswesen der Justiz, die Rücksicht auf die Beamten kann nur sekundär in Betracht; man muß in solchen Verhältnissen dem Chef der Justiz etwas Vertrauen schenken. Ich kann nicht den Wunsch hegen, mit einem so amendirten Gesetze meine gesetzgeberische Thätigkeit zu beginnen und bitte Sie daher, das Amendement abzulehnen.

Abg. Strudmann: Der Gedanke der Rechtseinheit ist seit Jahrzehnten das bewegende Prinzip in Deutschland; das partikuläre Recht tritt immer mehr zurück gegen das gemeine Recht. Schon haben wir eine einheitliche deutsche Gesetzgebung auf dem Gebiete des Handelsrechts und wir werden weiter fortschreiten in dieser Richtung. Da ist es denn auch eine unaussprechbare Nothwendigkeit, daß auch die Schranken und Verschiedenheiten, welche bisher noch in der Anstellungsfähigkeit zwischen den Juristen der verschiedenen Provinzen bestehen, wegeräumt werden; es erfordert das auch die Gerechtigkeit gegen die neuen Provinzen.

Abg. Reichensperger empfiehlt sein Amendement. Das Prinzip der Theilung der Arbeit angewendet auf die Rechtswissenschaft sei es, was sein Amendement rechtfertige. Mit Verwerfung desselben setze man sich in Widerspruch mit dem Geiste der Verfassung, nach welcher zu einem Richteramt nur der berufen werden dürfe, welcher sich zu demselben nach Vorchrift der Gesetze befähigt habe. Redner ist überhaupt bis zum Erlaß einer neuen Prozeßordnung für Ablehnung des ganzen Gesetzentwurfes.

Der Justizminister: Der Vorredner behauptet, ich setze an Stelle objektiver Norm subjektives Ermessen. Ich gebe von dem Gedanken aus, daß für die Ausbildung zum Richteramt das Wesentlichste juristische Bildung ist. Wird diese erlangt und ist sie erlangt worden auf dem Wege, welchen die neuen Landestheile eingeschlagen hatten? Diese Frage muß ich bejahen; wenn ich sie verneine, muß ich den Gesetzentwurf zurückziehen. Nun aber nehme ich daselbe Ermessen in Anspruch, nicht bloß dem Rheinlande, sondern allen neuen Provinzen gegenüber, wie ich es in Anspruch nehme gegenüber den alten; oder wenn es sich um eine Versetzung handelt in einen Landestheil, in dem eine andere Gesetzgebung gilt, z. B. vom Kammergericht an das Appellationsgericht zu Greifswald oder an den Justizsenat zu Grebenitzstein, oder aus einer neuen Provinz in eine andere oder in eine alte. — Die Gründe des Vorredners sprechen für die Vorlage, nicht für das Amendement. Auf dieses einzugehen unterlasse ich. Es ist hier nichts anderes in Anspruch genommen, als eine Ausnahmebestimmung, welche durch besondere Bedürfnisse nicht begründet ist. Jetzt stehen zum Theil an der Spitze des rheinischen Senats Männer, die weder das rheinische Examen gemacht, noch eine Vorbereitungszeit an rheinischen Gerichten gemacht haben. Es sind dies der Präsident und Vicepräsident des rheinischen Senats.

Abg. Dr. Bähr empfiehlt die Annahme des Gesetzentwurfes im Interesse der neuen Landestheile.

Der Schluß wird abgelehnt.

Abg. Windthorst (Weppen): Nach meiner Ueberzeugung ist der Gesetzentwurf zur Zeit noch verfrüht. Ich schmeichle mir nicht mit der Hoffnung, daß mein Wunsch, den Entwurf nicht angenommen zu sehen, erfüllt würde. Ich weiß sehr wohl, daß ich gegen Gefühle kämpfe, und gegen Gefühle kämpft man sehr leicht vergebens. Das eine Gefühl ist das der Einigung, die mit der Gleichmacherei nicht zu vermengen ist. Die Einigung eines Staates verträgt sehr wohl, daß verschiedene Stämme desselben ihre berechtigten Eigen thümlichkeiten beibehalten, ja, je mehr man ihnen diese beläßt, desto zufriedener werden sie sein. Ich erinnere an die Rheinlande, deren Bewohner jeder Zeit treue Anhänger dieses Staates waren. Das zweite Gefühl ist das, daß gar leicht geglaubt wird, wenn man sein zweites oder drittes Examen gemacht hat, sei man auf dem Wege zu Allem, man könne auf allen Gebieten des Rechts wirken. Dies ist wohl ein einzelnes Genies gegeben, aber nicht der Mehrzahl der Menschen.

Abg. Lampugnani: Der Vorwurf, den man der Justizkommission gemacht hat, als habe sie das materielle Recht aus den Augen gelassen, ist durch aus unbegründet. Sie war der Ansicht, daß eine allgemeine juristische Vorbildung für den Richter von größerer Wichtigkeit sei, als die Kenntniß jeder einzelnen Bestimmung des Lokalrechts, daß also — wenn die Garantie der ersten gegeben ist, — einer Versetzung aus den neuen in die alten Provinzen Nichts entgegensteht.

Abg. Waldeck: Ich erkenne die Grundlage des Reichensperger'schen Amendements, die Unfähigkeit der rheinischen Juristen an ihre besonderen Rechtsverhältnisse gern an. Ich habe noch keinen älteren Juristen kennen gelernt, der nicht dem französischen Verfahren vor dem altpreussischen den Vorzug gab; wenn Sie aber deshalb den Rheinländern das Recht einräumen wollen, für sich besondere gesetzliche Ausnahmen in Anspruch zu nehmen, dann dürfen Sie dieses Recht auch Hannover, Nassau und Hessen nicht versagen. Ich empfehle Ihnen die Annahme der Vorlage mit dem Amendement der Kommission.

Die Generaldiskussion wird geschlossen.

Der Referent Abg. Müller (Solingen) verteidigt noch einmal das von der Kommission gestellte Amendement. Dadurch, daß das Disciplinargesetz das Recht der Ausfuhrung einer Strafversetzung dem Justizminister überweist, widerspricht es dem Prinzip, daß die vorgesezte Behörde nicht zugleich Strafrichter sein solle. Von zwei zu einer Strafversetzung verurtheilten Beamten kann der Justizminister den einen vom äußersten Westen bis nach der entgegengesetzten Grenze des Staates schicken, während der andere nur in seinen benachbarten Bezirk übersiedeln braucht. Eine so weit gehende Befugniß können wir nicht dem Ermessen des Justizministers anheim stellen; ich bitte Sie deshalb, durch Annahme unseres Amendements die Strafversetzungen von den Bestimmungen des Gesetzes auszuschließen. (Bravo.)

Die Specialdiskussion über §. 1. wird eröffnet.

Justizminister Dr. von Harde: Ich bin nicht gegen den Zusatz der Kommission, weil ich ein Freund willkürlicher Disciplinarverfolgungen bin; ich betrachte die Sache vielmehr aus einem viel höheren Gesichtspunkte. Ich will

alle Richter vor dem Gesetze gleichmäßig behandelt haben, und nicht der Willkür der Gesetzgebung Preis geben. — Der Hauptgrund des in der Kommission angenommenen Amendements scheint mir zu sein, daß die Herren aus der Kommission gegen das Strafmittel der Verweisung überhaupt sind. Wenn dies aber der Fall ist, so möge man das Strafverfahren überhaupt abschaffen (Ja wohl! links), man möge es abschaffen für die alten und neuen Provinzen (Zustimmung links); nur so wird die Rechtsgleichheit herbeigeführt. Durch die Verordnung vom 8. Februar v. J. ist es aber zulässig, Mitglieder der neuen Provinzen in die alten zu versetzen; das wollen Sie abändern; damit schaffen Sie aber ein Vorrecht der Richter der neuen Provinzen. Solche Vorrechte und Privilegien gefährden aber nicht nur die allgemeinen Interessen, sondern auch die der neuen Provinzen.

Abg. Belzer-Düffeldorf ist gegen das ganze Gesetz, daß dasselbe das verfassungsmäßige Erfordernis, daß nur derjenige Richter werden könne, welcher nach dem Gesetze dazu qualifiziert sei, außer Augen lasse.

Abg. Laster (für die Vorlage): Verfassungsmäßig ist das Gesetz ebenso zulässig, wie alle früheren ähnlichen Gesetze. Die Frage, ob nach den Rheinländern Richter aus den alten Provinzen jetzt schon versetzt werden dürfen, ist übrigens nicht so ohne Weiteres zu verneinen, da diese Bestimmungen auf Ministerial-Verordnungen, nicht aber auf Gesetzen beruhen. — Die Voraussetzung des Justizministers über die Motive, welche die Kommission zu dem Gesetze wegen der Disziplinär-Strafverfügung gemacht hat, ist falsch, das Hauptmotiv war das, daß der Charakter und die Stellung der Gerichtshöfe in den alten und neuen Provinzen ein sehr verschiedener ist, indem nach z. B. von einigen Obergerichten der neuen Provinzen nicht sagen kann, ob es Appellationsgerichte oder Kreisgerichte sind, und der Regierungskommissar selbst keine Auskunft darüber geben konnte; ferner sind auch die Gehaltsverhältnisse so außerordentlich verschieden, daß aus solchen Verweisungen große Inkonvenienzen entstehen müßten. Ich meine aber auch, daß abgesehen davon, die Annahme des Gesetzes sich aus allgemeinen Rücksichten rechtfertigt, denn wenn ein schlechtes Gesetz existiert, so darf man demselben nicht noch größere Ausdehnung geben und die Beschwerden darüber noch vermehren. (Beifall links.) Und wenn der Herr Justizminister sagt, daß er keine gesetzgeberische Thätigkeit nicht beginnen möchte mit der Zustimmung zu einem Amendement, das er nicht für gut hält, so hat das Abgeordnetenhaus wohl auch Grund dazu, seine gesetzgeberische Thätigkeit nicht fortzusetzen mit einer Maßregel, die wider die Intention des Abgeordnetenhauses geht. (Beifall links.)

Abg. v. Guérard empfiehlt dringend die Annahme der Vorlage.

Man schreitet zur Abstimmung über den § 1. Das Amendement Reichensperger wird abgelehnt und das Alinea 1 des § 1 der Kommissionsvorlage angenommen, womit der § 1 der Herrenhausvorlage gefallen ist. Alinea 2 der Kommissionsvorlage wird gleichfalls angenommen (dafür auch einige Freikonservative, dagegen mit den Konservativen die Ultraliberalen und der Abg. Graf Schwerin).

Zu § 2 befürwortet Abg. v. Guérard sein Amendement.

Abg. Windthorst: In Hannover haben wir einen sehr starken Schritt zur freien Advokatur gemacht, und der ist uns ganz vortrefflich bekommen. Der Advokat soll ideal dem Richter nach allen Seiten hin gleich gestellt werden, darin liegt der große Werth der Sache. Es handelt sich ja nicht darum, daß der Justizminister nun hauseinwärts Advokaten zu Appellrathen ernannt. Nur die Möglichkeit dessen soll gelassen werden. Ich bitte daher das Wort „Advokat“ ruhig stehen zu lassen und den Antrag v. Guérard abzulehnen.

Berichtersteller Abg. Müller erwähnt dreier Petitionen hannoverscher Advokaten, die sich im Sinne der Fassung der Kommissionsvorlage aussprechen. Der Antrag v. Guérard wird abgelehnt, § 2 der Kommissionsvorlage angenommen.

§ 3 und 4 werden ohne Diskussion in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung genehmigt.

Zu § 5 empfiehlt Abg. Windthorst sein Amendement. Abgeordneter v. Guérard befürwortet dasselbe.

Abg. Zwickel: Der einzige Zweck dieser Bestimmung kann ja nur der sein, daß hervorragenden Männern der Wissenschaft nicht zugemuthet werden soll, ein Examen abzulegen, bevor man sie zu einer praktisch richterlichen Thätigkeit zuläßt. Das gilt eben so gut von preussischen wie von deutschen Professoren, denn wir kennen keine preussische, sondern nur eine deutsche Rechtswissenschaft. Rechnen Sie daher das Amendement Windthorst an.

Abg. Dr. Wald ed.: Es ist ganz falsch anzunehmen, daß ein tüchtiger Lehrer des Rechts zugleich ein tüchtiger praktischer Richter sein werde. Oft wird jenem die praktische Vorbereitung ganz fehlen, und dies wird für preussische Gerichte mehr bei außerpreussischen Professoren der Fall sein als bei inländischen Professoren, denen diese Praxis immer etwas näher liegt wird. Ich halte die Bestimmung, welche das Amendement Windthorst aufheben will, grade für eine recht zweckmäßige.

Das Amendement Windthorst wird abgelehnt, § 5 in der Fassung der Kommission angenommen.

§ 6 wird ohne Diskussion genehmigt, desgleichen in der so amendierten Fassung das ganze Gesetz. (Dagegen u. A. Abg. Windthorst.)

Bevor in den zweiten Gegenstand der Tagesordnung eingetreten wird, erhält das Wort.

Der Finanzminister: Auf Grund Allerhöchster Ermächtigung habe ich einen Gesetzentwurf vorzulegen, betreffend die Verwaltung der auf Grund der Verordnung vom 17. September 1867 bestehenden Beamtenwitwen- und Waisen-Kassen und die Verwendung ihres Vermögens in den neuen Landes- theilen. Durch die Verordnung vom 23. September 1867 ist die Verpflichtung der Civilbeamten bei der Verheirathung der allgemeinen Wittwen-Versorgungsanstalt beizutreten auch in die neuen Landestheile eingeführt worden, vorbehaltlich der Regelung über die weitere Verwaltung der dort bestehenden Kassen. Der Entwurf schlägt nur vor, die Verwaltung dieser Kassen dem Staate zu übertragen, ebenso die Bezahlung der Pensionen, die voraussichtlich einen Aufschuß erfordern werden, dagegen auch die Bestände der Staatskasse zu überweisen.

Der Entwurf wird auf Vorschlag des Finanzministers der Finanzkommission überwiesen.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Justizkommission über das Gesetz, betreffend die Todes-Erklärung von Personen, welche an den in den Jahren 1864 und 1866 geführten Kriegen Theil genommen haben. — Die Kommission beantragt das Gesetz so anzunehmen, wie es aus den Beratungen des Herrenhauses hervorgegangen ist. (Referent v. Boetticher.)

Präsident von Borden: Ich eröffne die General-Diskussion. — Der Berichterstatter verzichtet auf das Wort. (Bravo.) Es hat sich Niemand zum Worte gemeldet. (Bravo.) Ich schließe die Diskussion. (Bravo.) Wir kommen zur Specialdiskussion über § 1. Es hat sich Niemand zum Worte gemeldet. Die einzelnen Paragraphen sind darauf das ganze Gesetz werden fast ohne Debatte angenommen.

Von dem Rest der T. D. wird nur noch Nr. 7, erledigt und eine Anzahl Petitionen auf den Vorschlag der Kommission für nicht geeignet zur Berathung im Pleno erachtet.

Schluß 3 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr. T. D. Gesetz über den hannoverschen Provinzialfond.

Parlamentarische Nachrichten.

Am letzten Sonnabend hat die Kommission des Herrenhauses, der der Kassen-Entwurf zur Vorberatung vorliegt, sich über die Anträge schlüssig gemacht, die an Stelle der abgelehnten Deklaration eingebracht sind. Der Antrag des Herrn Blömer wurde mit 8 gegen 6, der des Herrn v. Waldow mit 10 gegen 4 abgelehnt, dagegen der des Herrn v. Below mit 8 gegen 6, also mit einer verhältnismäßig nicht großen Majorität angenommen. Zum Referenten ist Herr v. Kleist-Nesow ernannt, dessen gedruckter Bericht schwerlich vor Ende dieser Woche erscheinen wird.

Der vom Abg. v. Götterbeck eingebrachte Antrag, betr. den Steuerlaß in Ostpreußen hat nur die bedingte theilweise Zustimmung der Staatsregierung gefunden, insofern sie dem Steuerlaß nicht den allgemeinen Charakter geben will, den der Antrag verlangt; dagegen glaubt sie durch Entscheidung über das Bedürfnis in jedem einzelnen Fall dem Zweck des Antrages genügen zu können, ohne ihr Prüfungsrecht durch einfache Annahme des Antrages aufzugeben. Dem Vernehmen nach findet deshalb eine Verständigung zwischen dem Antragsteller und der Staatsregierung über eine Erklärung im obigen Sinne statt, welche die letztere im Hause der Abgeordneten abgeben will.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 4. Febr. Aus einem neuen Bericht des Verwaltungs-Raths der Märkisch-Polener Bahn entnehmen wir Folgendes: „Mit Rücksicht auf die so außerordentlich günstige Situation

des Unternehmens wird beabsichtigt, einer demnächst einzuberufenden General-Versammlung unserer Actionäre den kurzen Weiterbau von Bentschen nach Eissa anzupfehlen, um dadurch zwischen Berlin und Schlessen eine neue Verbindung zu gewinnen.

Gleichzeitig kann darauf hingewiesen werden, daß durch die jetzt in Ausführung begriffene Verlängerung der Rechte-Oder-Ifser-Bahn nach Gensstochau der Märkisch-Polener Bahn ein Theil des russisch-polnischen und galizischen Verkehrs zufällt, wie ihr denn auch durch die von der Berlin-Görlitzer Bahn beschlossene Abzweigung nach Dresden die Leipziger Güter zugeführt werden müssen, soweit dieselben dem westöstlichen Verkehr angehören.

Ebenmäßig eröffnen ihr auch die von der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn in nördlicher Richtung jetzt auszuführenden Linien neue Zuflußquellen und durch diese vielseitigen Anschlüsse ist die Märkisch-Polener Bahn wohl dazu berufen, in der aller-nächsten Zukunft unter den preussischen Verkehrs-Anstalten eine hervorragende Stelle einzunehmen.

Was den Fortschritt des Baues der Bahn anbetrifft, so ist der zum Bahnbau erforderliche Grund und Boden, soweit die Bahnlinie definitiv genehmigt, namentlich in den Kreisen Guben, Krossen, Grünberg, Züllichau, Lebus und Sternberg mit Ausschluß geringfügiger Grundflächen im Wege gütlicher Vereinbarung bereits erworben.

Die Arbeiten sind bereits für die ganze Bahn an tüchtige Unternehmer vergeben, die sich kontraktlich verpflichtet haben, die einzelnen Strecken in den Erdarbeiten und in dem Oberbau mit dem Schlusse des laufenden Jahres fertig zu stellen. Auf den von Seiten des Ministeriums definitiv genehmigten Strecken sind neben der Ausführung der kleineren Brücken die Erdarbeiten in vollem Gange und trotz der ungünstigen Witterung bereits gegen Achtzigtausend Schachtruthen bewegt.

Die Vollendung der Bahn ist hauptsächlich bedingt durch rechtzeitige Fertigstellung der großen Brücken. Es ist deshalb mit dem wichtigsten Theile, der Fundierung derselben, sogleich nach Ausführung der Vorarbeiten begonnen, und sind die Fundamente der Brücken bei Frankfurt und Pommerzig über die Oder, bei Guben über die Neiße und bei Krossen über den Hober zum großen Theil bereits im Herbst v. J. begonnen, und so weit gefördert, daß jetzt die schwierigsten Theile vollendet und mit Eintritt des Frühjahr die Weiterbau ausgeführt werden kann.

Die Anlieferung der Oberbau-Materialien ist auf jede Weise beschleunigt. Es sind, um eine geeignete Anzahl Angriffspunkte zu bilden, sieben Materialen-Depots eingerichtet, so daß von diesen Punkten aus gleichzeitig und zwar je nach zwei Seiten hin die Arbeit gefördert werden kann. In diesen Depots lagern jetzt bereits 120,000 Stück Schwellen, 320,000 Centner Schienen und 4200 Centner Kleinsenzug. Die Anfuhr der übrigen Materialien wird bei den jetzigen guten Wegen schnell gefördert, so daß zum Frühjahr sämtliche Depots vollständig versorgt sein werden, und auch nach den getroffenen Dispositionen der Oberbau bis zum 1. Januar 1869 vollständig hergestellt sein kann.

Ein Theil der Detailpläne für die Hochbauten hat die höhere Genehmigung noch nicht erhalten. Dieser Mangel wird voraussichtlich in wenigen Wochen behoben sein, so daß schon jetzt die Unternehmer die Vollendung der Gebäude auf den verschiedenen Bahnhöfen mit Ausschluß von Frankfurt, Guben und Posen bis zum 1. Januar 1869 kontraktlich zusichern konnten.

Ebenso sind sämtliche Betriebsmittel an die tüchtigsten Fabrikanten des Inlandes vergeben und von denselben solche Garantien gestellt, daß an der soliden und guten Ausführung, sowie an der rechtzeitigen Ablieferung der Lokomotiven und Wagen bis Ende d. J. nicht gezweifelt werden darf.

Eine Ueberschreitung der Aufschlagssumme ist ebenso ausgeschlossen als jede Zahlung oder Ausantwortung von Aktien, der nicht die entsprechende Gegenleistung als anerkanntes Eigenthum der Gesellschaft gegenübersteht. Im Interesse der Sicherheit der Gesellschaft muß der Entrepreneur es sich gefallen lassen, daß ein Theil der ausgeführten Arbeiten in der zur Prüfung bestimmten Frist nicht abgenommen wird und darnach ihm ein zuweilen nicht unbeträchtliches Guthaben in unaufgerechneten Arbeiten verbleibt.

[Widerlegung.] Die gestrige Nummer der „Ostdeutschen Zeitung“ enthält die Nachricht, daß bei einer zu Euphys in voriger Woche stattgehabten Treibjagd der 16jährige Sohn eines dortigen Häuslers aus Unvorsichtigkeit erschossen worden sei. Von glaubwürdiger Seite geht uns auf Grund der am Orte der angeblichen That aus Anlaß dieses Artikels angestellten Ermittlung die Versicherung zu, daß dies nicht der Fall ist, noch sonst etwas vorgefallen, welches zur Verbreitung dieser Nachricht Veranlassung geben konnte.

Die Schwurgerichtsverhandlungen in der Buchbinder Wittmann'schen Vergiftungsache beginnen am 17. d. M. und werden voraussichtlich eine ganze Woche in Anspruch nehmen.

Unser Abgeordneter, Herr v. Tempelhoff hat mit Bezug auf seine neuliche Aeußerung im Abgeordnetenhaus — Nr. 21 dieses Blattes — der „Kreuzzeitung“ nachstehende Erklärung zugehen lassen:

Hochgehrter Herr Redakteur! Sie bringen einen Artikel aus den „Kölnern Blättern“, den ich dort ignorieren konnte, der mich aber, durch seine Reproduktion in Ihrer so angesehenen Zeitung, zu einer Erwiderung zwingt. — Der evangelische Konfessorialrath Vieh hat mich beschuldigt, schwere Vorwürfe gegen die katholische Bevölkerung, ja gegen die ganze katholische Kirche erhoben zu haben. Meine Worte, auf die sich der Herr Konfessorialrath bezieht, lauten: „Ich muß bemerken, daß mir die katholische Kirche nicht besonders geeignet erscheint, frei wissenschaftliche Anstalten unter ihre Fittiche zu nehmen.“

Wo ist hier irgend eine Anklage gegen die katholische Bevölkerung? Glaubt man in meinen Worten einen Vorwurf gegen die katholische Kirche zu finden, so meine ich, verkennt man das Wesen derselben. Ich denke, daß sie selbst behaupten muß, die Pflicht zu haben, die Wissenschaft zu befördern, also nicht frei zu lassen. Man mag aber diese Kirche denken, was man will, und sie mag sich von Allem befreien, was ein aufgeklärter Katholik an ihrer faktischen Erscheinung vielleicht anders wünschte; das Eine kann sie nicht abändern, daß es in ihr Priester und Laien giebt und daß die Priesterschaft allein zu bestimmen hat, was in religiösen Dingen wahr ist. Den Laien kann es daher nicht erlaubt sein zu forschen, ob diese Glaubenssage wahr sind, und man wird nicht bestreiten können, daß auf diese Weise für die theologischen Wissenschaften, wie für die Philosophie eine Grenze besteht, die also nicht frei sind. La nun so viele Wissenschaften und namentlich die freien, von denen ich allein gesprochen, ihre letzte Begründung in der Philosophie haben, so sind auch alle diese damit begrenzt. Weiter habe ich mit meinem Ausspruch nichts sagen wollen. Ich möchte wirklich bornirt sein, wie die „Kölnern Blätter“ sich ausdrücken, wenn ich verkennen wollte, daß Mitglieder der katholischen Kirche unendlich viel für die Wissenschaften gethan haben und noch thun; das widerlegt aber das Prinzip nicht, welches ich aufgestellt habe, eben so wenig als die mitunter harten Verfolgungen, die Gelehrte wegen ihrer Forschungen durch katholische Kirchenfürsten wirklich erlitten haben, daß diese Verfolgungen in dem Wesen der katholischen Kirche begründet sind. — Mit der ergebensten

Bitte, diese Abwehr an derselben Stelle aufzunehmen, wo der Angriff gegen mich gestanden hat, bin ich mit aufrichtiger Hochachtung Ihr ganz ergebener Berlin, 31. Januar 1868.

Der Handelsminister Graf von Bismarck hat bereits vor Jahresfrist die frachtfreie Beförderung aller Gegenstände, welche an den Vorstand des Hülfsvereins für die Nothleidenden in Ostpreußen gerichtet sind oder von diesem abgesandt werden und mit der Bezeichnung „zur Vinderung des Nothstandes in Ostpreußen“ im Frachtbriefe aufgegeben sind, auf den Staats- und unter Staatsverwaltung stehenden Eisenbahnen bewilligt.

In Verfolg seiner Vermittelung haben sich die Verwaltungen von 22 Bahnen, darunter die Niederschl. Zweig-, die ostr. Süd- und die Tilsit-Insterburger Bahn, bereit erklärt, alle Gegenstände, welche an den Vorstand des Hülfsvereins für Ostpreußen gerichtet sind, oder von diesem abgesandt werden, und die Bezeichnung „zur Vinderung des Nothstandes in Ostpreußen“ im Frachtbriefe tragen, frachtfrei zu befördern.

Rasino in Posen. Am 1. d. fand eine musikalische Abendunterhaltung statt, an welche sich ein Tanzvergnügen anschloß. Es spielte die Regimentsmusik des 6. Infanterie-Regiments unter Direction ihres Musikleiters Herrn Appold, die Ouverture zu Oberon, das Adagio und das Finale der Sinfonie triumphale von H. Ulrich mit gewohnter Virtuosität. Dazwischen trug Frau Sopranistin Schmeier, Gemahlin unseres Theaterdirectors, zuerst bei Violoncelle-Begleitung die „Polonaise brillante pour Piano et Violoncelle“ von Chopin vor, und dann allein La Cascade von Pauer und die Follie von Stephan Heller. Der kunstfertige und fesselnde Vortrag der Frau Schmeier rief allgemeine Bewunderung und Anerkennung hervor. Die Soirée war zahlreich besucht.

[Handwerkerverein.] In der gestrigen zahlreich besuchten geselligen Versammlung des Handwerkervereins hielt Herr Dr. Brieger einen Vortrag über Friedrich Wilhelm I. und Gustav's „Kopf und Schwert.“ Der interessante Vortrag fand vielen Beifall. Der Wochen-deputirte, Herr Vermin, schloß die Versammlung nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten.

[„So gehst Du zu Mattern nach Geld?“] Der Etablissementsbesitzer H. in Jerssee sollte in diesen Tagen mit seinem eigenen Gelde bezahlt werden, doch wurde der betreffende Gast in seinem Unternehmen gestört. Der Gast, dessen Baarschaft in der Börse nicht ausreichte, seine Sache zu bezahlen, entfernte sich aus der Schänke mit den Worten: „Ich muß mal erst zu Mattern nach Geld gehen.“ Dem nicht ganz unverdächtigen Gaste folgte auf dem Fuße der Schmeiersohn des H. und sah, wie jener um das Haus ging, um daselbst in ein Hinterzimmer einzudringen, wo er in dem Moment, als er die Thür erobert wollte, von seinem Verfolger an den Kragen gepackt wurde mit den Worten: „So gehst Du zu Mattern nach Geld?“ Doch der Dieb war auch so frei, sich umzudrehen und seinen Gegner an der Kehle zu packen. Zum Glück konnte der letztere noch den Ruf: „Heuer!“ hervorgurgeln, worauf die in der Schänke befindlichen Personen herbeieilten und den Dieb, den sie dann der Polizei überlieferten, jämmerlich durchbläuten.

Gestern gelang es der Polizei einen Haushälter zu entlarven, welcher seinem Brotherrn, dem Inhaber eines Porzellan- und Glaswaaren-Geschäfts nach und nach nicht unbedeutende Waaren-Vorräthe entwendet und verschiedenen Personen seiner Betanuschung verkauft hatte.

□ Schroda, 2. Februar. [Unglücksfall; Todesfall; Kon- zert.] Am 27. Januar d. J. schrieb der Wirth S. aus Glosno von einem Falle anheimelnd etwas angeeignet nach Hause zurück. Auf seinem Schöße angekommen, sprang er schnell vom Wagen, biß sich zwischen die Pferde, um sie sofort auszuspannen, und erhielt dabei von dem einen einen solchen Fußschlag an den Kopf, daß er in einigen Stunden seinen Geist aufgab. — Der Besitzer des Hüttenwerkes Strzeski bei Schroda, Herr Sauerwald, ist nach kurzem Krankenlager an einem Schlaganfall, 60 Jahr alt, gestorben. Er war vor Jahren Dominiatwirth in den fürstlich Turn und Lozischen Gütern im Fürstenthum Krotoschin gewesen, wurde sodann königlicher Woyt und schließlich königlicher Disziplinärkommissarius in Krotoschin. Er kaufte später das Gut Strzeski und hat dasselbe in einen guten Kulturzustand gebracht. Er wurde in seiner Familiengruft in Strzeski, wo schon seine erste Frau und einige Kinder ruhen, vor einigen Tagen unter einer großen Begleitung der nachbarlichen Gutsbesitzer u. s. w. beigesetzt. — Das unlängst zum Besten der Armen und der Typhuskranken in Schroda und Miloslaw von den Herren Kreisrichter Thomas, Dr. Ceder und Geistlicher Knast in dem Hüttenwerkes Saale hier selbst arrangirte Dilettantenkonzert erbrachte eine Einnahme von ca. 80 Thlr.

□ Schwerin a. M., 2. Februar. [Wölfe; Export; Theuerung.] Bei einem am 29. v. Mts. stattgehabten Treibjagd in der hiesigen Forst, die auf beiden Seiten der Morner Straße liegt, wurde von dem hiesigen Uhrmacher W., der sich bei der Jagd betheiligte, ein Wolf gesehen. Zwei Tage später wurde, da sich inzwischen noch das Gerücht verbreitet hatte, daß man auch im benachbarten Schweinitzer Forstrevier einen Wolf wahrgenommen, eine Jagd veranstaltet, um dem Thier auf die Fährte zu kommen. Leider blieben alle Bemühungen erfolglos. Wie hier glaubwürdig verlautet, sind einem Beamten, der kürzlich von Pinne nach Birnbaum reiste, auf dieser Tour zwei solcher Bestien begegnet.

In welchem Umfange hier der Export an Getreide, Mehl, Spiritus u. betrieben wird, erweisen folgende Angaben. Im vorigen Herbst sind ca. 4000 Wispel Roggen und Erbsen per Schiffsfracht von hier abgegangen. Gegenwärtig stehen hier zur Frühjahrsablieferung 5 Schiffe mit 10,000 Etr. Spiritus, 3 Schiffe mit 4000 Etr. Mehl, 4 Schiffe mit 1500 Wispel Roggen, 4 Schiffe mit 500 Wispel Erbsen und 1 Schiff mit 1000 Etr. Syrup. — Die Theuerung aller Lebensbedürfnisse ist hier noch im steten Zunehmen begriffen. Der Scheffel Roggen wurde auf dem letzten Wochenmarkt mit 3 1/2 Thlr. und der Scheffel Kartoffeln mit 25 Sgr. bezahlt.

Bum Volkschulgesetz-Entwurf.

(Schluß.)

IV.

Schließlich gelangen wir zu dem Theile des Gesetzentwurfes, in welchem alle Interessen, alle Wünsche und Forderungen der Betheiligten kulminiren: zur Lehrer-Dotationsfrage. Der Entwurf behandelt diese Frage in den §§. 32–40. als den vornehmlichen Inhalt der Schulanterhaltungspflicht, und leitet sie ein durch den Satz: „Insbesondere soll den Lehrern überall ein ihrem Bildungsstande und den örtlichen Verhältnissen entsprechendes Dienstfeinkommen gewährt werden.“

Es hieß, „Eulen nach Athen tragen“, wollten wir nochmals darlegen, wie wenig die Mehrzahl der Volksschullehrer ihrer Bildung gemäß dotirt ist, nennigleich nur fürzlich noch jemand, der sehr gebildet sein will, in unserer Nähe seine Ansicht über diese Angelegenheit dahin laut werden ließ, die Lehrer, großentheils aus dem Bauernstande stammend, müßten deshalb auch wie dieser leben (kaum glaublich, aber wörtlich wahr!) und seien noch viel zu hoch besoldet; auch kann es nicht unsere Absicht sein, auf Grund der amtlichen Statistik mit Zahlen die Unzulänglichkeit der Lehrer-Gehälter nachzuweisen; wir wollen auch die gerechten Klagen einer übergroßen Zahl von Lehrern, daß sie durch tägliche und stündliche Sorgen um das tägliche Brot an der Erfüllung ihrer Amtspflicht geradezu verhindert werden, hier nicht wiederholen, ebenso wie wir weit entfernt sind, in das landläufige wohlfeile Bedauern über die Dürftigkeit der pekuniären Stellung unserer Volksschullehrer mit einzustimmen: nein, wir wollen uns Achtung vor der Würde des Volksschulwesens die Lehrer-Dotationsfrage zu keiner gewöhnlichen Nothstandsfrage erheben! Allein im Interesse der hochwichtigen Erziehung unserer Jugend erachten wir es für dringend notwendig, daß man die Erzieher dieser Jugend endlich einmal angemessen dotire. Dazu ist jedoch erforderlich, daß der obige Satz: „den Lehrern soll überall ein ihrem Bildungsstande entsprechendes Dienstfeinkommen gewährt werden“, soll er nicht Phrase bleiben, in speciellen gesetzlichen Normen über die Dotirung sämtlicher Lehrstellen seine Lösung finde. Und solche speciellen Bestimmungen vermissen wir im Gesetzentwurf.

Im §. 33 des Entwurfs wird zwar für die Lehrer in Städten unter 10,000 Einwohnern außer freier Wohnung oder einer entsprechenden Miethsentschädigung ein Einkommen von mindestens 200 bis 250 Thlrn. für Metro- rate an Bürgerschulen außer der Wohnung 400 bis 600 Thlr. bestimmt; aber in Städten über 10,000 Einwohnern können die vorstehenden Minimalätze des Gehalts nach Bedürfnis bis auf den doppelten Betrag erhöht werden. Bei mehrklassigen Schulen sollen die Gehälter der Lehrer unter angemessener Abzählung so erhöht werden, daß der Durchschnittsbetrag aller Gehälter den Minimalatz um ein Drittel übersteigt. Nach §. 34 erhalten die Lehrer auf dem Lande: 1) freie Wohnung nebst Wirtschaftsräum und den nöthigen Brennbedarf für Küche und Haus, oder wenn solches nicht in Natur gewährt werden kann, eine angemessene Entschädigung dafür; 2) an Land, Naturalien und Geld so viel, als zu ihrem standesgemäßen Unterhalte erforderlich ist. Was erlangen denn die Lehrer durch diese mit „sollen“ und „sollen“ gegebenen

gesetzlichen Bestimmungen? Dadurch wird das traurige Verhältniß der Unbestimmtheit, in welchem sie sich gegenwärtig befinden, doch wahrhaftig nicht beseitigt. Bestimmte Gehaltsätze sind hier nur für die jüngsten Lehrer in Städten von über 10,000 Einwohnern gegeben, für die jüngeren Lehrer in Städten von über 10,000 Einwohnern, für alle älteren Lehrer in Städten und für sämtliche Lehrer auf dem Lande werden die Gehälter nach wie vor nach Gutdünken und Büteln normirt; von Dienstalterszulagen ist gar erst nirgends etwas erwähnt. Der Entwurf darf nicht die Unbestimmtheit zum Gesetz ergeben.

Alle den Volksschulgesetz-Entwurf betreffenden Petitionen an das Abgeordnetenhaus ersuchen deshalb um präcise Feststellung 1) der Minimalgehälter sowohl in den Städten als auf dem Lande und 2) von Alterszulagen bis zum Maximalgehalte.

Die Einteilung der Städte in nur zwei Kategorien ist für die Feststellung der Gehälter nicht ausreichend und entspricht auch verschiedenen Reglements des Unterrichtsministeriums nicht, in denen das letztere selbst schon die Städte nach ihren Verschiedenheitsverhältnissen in drei Kategorien theilt und die Minimalgehälter für jede dieser Kategorien bestimmt mit dem Zusage, daß dieselben nach oben hin dem Dienstalter des Lehrers entsprechend beträchtlich zunehmen sollen. Es ist daher nicht mehr als billig, daß die Minimalgehälter nicht bloß für die Städte von unter 10,000 Einwohnern, sondern auch für die Städte von über 10,000 Einwohnern und für das platte Land festgesetzt werden.

Der Einwand, es lasse sich wegen der Verschiedenartigkeit der Preise in den verschiedenen Landestheilen die Höhe eines gleichen Minimaleinkommens der Landlehrer nicht feststellen, wird schon dadurch hinfällig, daß die Normirung von Minimalgehältern für die Städte und Städtchen derselben Landschaften bereits in den Gesetzesvorlage als notwendig und angänglich erachtet worden ist. Wie verschieden auch die örtlichen und provinziellen Verhältnisse sein mögen, und wie verschieden hoch der Werth der Naturaleinkünfte anzuschlagen sei, so läßt sich dieser Werth doch überall nach ortsüblichen Preisen in Thalern angeben, und es läßt sich alsdann sofort bestimmen, ob diese Summe das Minimalgehalt erreicht oder nicht.

Die Gewährung von Dienstalterszulagen an die Lehrer, und zwar nicht bloß für die Lehrer in Städten, sondern auch für die des platten Landes, ist einfach ein Akt der Gerechtigkeit gegen alle ältere Lehrer. Auch den Lehrern auf dem Lande muß das Gesetz Dienstalterszulagen gewähren, denn die Landlehrer haben für ihre Ausbildung dieselben Opfer zu bringen, denselben Bildungsgang durchzumachen, dieselben Examina zu bestehen und in ihrem Berufe dieselben Pflichten zu erfüllen: sie sind daher auch zu denselben Gehaltsansprüchen berechtigt.

In Folge dieser Erwägungen, gestützt auf ministerielle Restripte und eine Gehalts-Skala, wie sie bereits von der Stadt Berlin angenommen ist, haben die Posener Lehrer folgende Abänderungsvorschläge zu den §§. 33 und 34 proponirt.

Die Lehrer an den Elementarschulen in Städten unter 5000 Einwohnern erhalten freie Wohnung oder eine entsprechende Miethsentschädigung und an anderweitigen Einkommen mindestens 200 Thlr., die Lehrer in Städten von 5000 bis 10,000 Einwohnern erhalten außer freier Wohnung oder der entsprechenden Miethsentschädigung 250 Thlr. als Minimalgehalt.

In dieser Weise steigt das letztere im Verhältniß zur Bevölkerung dergestalt, daß dasselbe mit je 5000 Mehr der Bevölkerung um je 25 Thlr. (neben freier Wohnung oder der entsprechenden Miethsentschädigung) erhöht wird.

Die Minimalgehälter in Städten mit über 60,000 Einwohnern werden denen in Städten mit 60,000 Einwohnern gleich normirt.

Das Gehalt steigt bis zum vollendeten 9. Dienstjahre von 3 zu 3 Jahren um je 50 Thlr., vom vollendeten 9. bis 14 Dienstjahre um 100 Thlr. und dann bis zum 24. Dienstjahre von 5 zu 5 Jahren um je 50 Thlr., so daß spätestens mit dem vollendeten 24. Dienstjahre das Maximalgehalt erreicht ist.

Rektoren an Bürgerschulen in Städten unter 5000 Einwohnern erhalten außer freier Wohnung 500 Thlr., in Städten von 5000 bis 10,000 Einwohnern 550 Thlr. neben freier Wohnung.

In dieser Weise steigt das Maximalgehalt der Rektoren im Verhältniß zur Bevölkerung dergestalt, daß dasselbe mit je 5000 Mehr der Bevölkerung um je 50 Thlr. (neben freier Wohnung oder der entsprechenden Miethsentschädigung) erhöht wird.

Die Dienstalterszulagen für die Rektoren erfolgen nach denselben Grundsätzen wie bei den Lehrern.

Hauptlehrer, welche drei- und mehrklassigen Elementarschulen vorstehen, erhalten als solche außer dem nach ihrem Dienstalter ihnen zustehenden Gehalt eine Zulage von 100 Thlr.

Zu §. 34: „Der Werth der ad 2 bezeichneten Einkünfte (an Land, Naturalien und Geld) darf als Minimalgehalt für die Landlehrer nirgends weniger als 200 Thlr. betragen.“

Die Lehrer auf dem Lande erhalten Dienstalterszulagen ganz wie die Lehrer in den Städten nach der in §. 33 gegebenen Skala.

Hiernach müßten die Bestimmungen über die Erhöhung der Gehälter nach dem Dritttheil des Durchschnittsbetrages (§. 33), über die Abfindung der Minimalgehälter nach den verschiedenen Gegenden der Provinz (§. 34), über die Berücksichtigung der Vermögensverhältnisse der Kommunen bei Feststellung der Lehrergehälter (§. 35), da, wie wir schon früher ausgeführt, nach dem Artikel 26 der Verfassungs-Urkunde der Staat mit seinen Mitteln ergänzend für unermessende Perioden eingetreten hat, und endlich über die Herabsetzung des Einkommens einer Lehrerpelle (§. 36) gestrichen werden.

Nach zwei wichtige Paragraphen müssen wir zum Schluß unserer Besprechung berühren, und zwar zunächst §. 37, der die Bestimmung enthält, daß die Einnahme, welche der Lehrer aus einem mit der Schulleiste etwa verbundenen kirchlichen Amte bezieht, auf das ihm zu gewöhnliche Minimal-Einkommen angerechnet werden soll. Bisher ist die Anrechnung der dem Lehrer aus einem kirchlichen Amte zufließenden Einkünfte auf sein Gehalt als Lehrer meistens nicht erfolgt, und das erscheint uns auch in der Ordnung, denn das kirchliche Amt erfordert besondere Leistungen vom Lehrer und nimmt die freie Zeit desselben besonders an allen Sonn- und Festtagen in Anspruch, ohne daß ihm von seiner Amtstätigkeit als Lehrer etwas erlassen wird; die Befähigung eines Lehrereinkommens für eine Mehrarbeit ist deshalb nicht mehr als gerecht. Der §. 37 muß darum gerade das Gegentheil von dem ausdrücken, was er jetzt fordert. Ferner §. 38: „Die zur Unterhaltung des Lehrers Verpflichteten haben den neuangehenden Lehrern bis auf eine Entfernung von 10 Meilen vom Schulorte für die Fortschaffung ihrer Familien und ihrer Effekten Fuhrwerk zu stellen oder eine Entschädigung bis zum Betrage von 20 Thalern zu gewähren. Die Höhe derselben setzt in Ermangelung einer gültigen Vereinbarung die Regierung fest. Eine Rückzahlung der Anzugskosten findet nicht statt.“ Es ist uns nicht einleuchtend, weshalb die Gemeinden den neu angehenden Lehrern gegenüber nur bis auf eine Entfernung von 10 Meilen vom Schulorte verpflichtet sein sollen und warum die Reise-Entschädigung auf höchstens 20 Thlr. (bei 10 Meilen mithin 2 Thlr. pro Meile) festgesetzt wird. Kann denn der Lehrer nicht auch auf 20 und 30 Meilen und noch weitere Entfernungen verlegt werden? Eine Gleichstellung der Lehrer auch in dieser Beziehung mit den unmittelbaren Staatsbeamten ist höchst wünschenswerth und folgende Bestimmung angemessen: „Die zur Unterhaltung des Lehrers Verpflichteten haben den neu angehenden Lehrern für die Fortschaffung ihrer Familien und ihrer Effekten Fuhrwerk zu stellen oder eine Reiseentschädigung von 2 Thlr. pro Meile zu zahlen. Eine Rückzahlung der Anzugskosten findet nicht statt.“

Wir haben den Gesetz-Entwurf einer Besprechung unterzogen in der Ueberzeugung, daß eine Diskussion, ganz gleich, von welcher Seite sie kommt, denselben nur förderlich sein kann; wir glauben aber auch durch diese Besprechung bewiesen zu haben, daß es uns nicht darauf ankommt, in den allgemeinen Ruf auf Verwerfung des Entwurfes mit einzustimmen, vielmehr wünschen wir — und wir sprechen in dieser Hinsicht im Sinne einer großen Anzahl von Lehrern, daß derselbe bei seiner Beratung solche Abänderungen erfahre, welche den erhöhten Ansprüchen an die Schule und ihrer Lehrer gerecht werden. Möge von allen Seiten dahin gewirkt werden, daß das neue Gesetz allein aus Rücksicht auf das Interesse der Jugendherziehung vereinbart werde; möge man endlich in diesem Interesse die Volksschullehrer von der schwärzen Sorge, die ihnen Muth und Freudigkeit im Berufe raubt, befreien! und möge man dabei stets bedenken: Eine Hebung der Volksschule ist eine Verminderung des Proletariats.

Julius Alberti.

Bermischtes.

* In Bezug auf die Betheiligung Sr. Maj. Korvette „Gertha“ bei der Rettung der Korvette der Kaiserl. franz. Marine „Roland“ erhält die „N. A.“ aus Syra folgende Mittheilung: „Die „Gertha“ befand sich seit dem Anfang Dezember v. J. in Smyrna, nachdem sie früher längere Zeit im Piräus gewesen war, als sie am 26. December, dem Weihnachtstage, durch das preussische Konsulat die Aufforderung erhielt, einer französischen Korvette, die in der Chiosstraße auf einen Felsen gerathen sei, zu Hülfe zu eilen. Der in Abwesenheit des Kommandanten der „Gertha“, Kapitän J. S. Heldt, welcher an Bord der „Webusa“ nach Konstantinopel gegangen war, das Kommando führende Kapitän-Lieutenant v. Blanc ließ sofort befehlen und gab dem preussischen Dampfschiff „Blitz“, Kapitän-Lieutenant Jung, die Befehle, ihm zu folgen. Die norwegische Korvette „Nordstern“, welche früher als die „Gertha“ operirt worden war, dampfte bereits aus dem Hafen, wurde aber durch die schnellere Gangart der preussischen Schiffe bald eingeholt. Sie fanden nun in der Straße zwischen dem Landvorsprung, der die Südküste der Insel von Smyrna bildet, und der Insel Chios den „Roland“, welcher in der Nacht zum 24. Dezember mit 8 Meilen Fahrt durch ein Versteck direkt auf eine kleine Felsen-Insel, die Pascha-Insel, südlich von der Insel Spalmatore, so aufgelaufen, daß er vorn nur 6 Fuß Wasser hatte, während sein Tiefgang, wenn flott, vorn 14 Fuß betrug. Die Aufgabe war nun, den „Roland“ in möglichst Eile so leicht als thunlich zu machen, das heißt Geschütze, Kohlen, Wasser, Proviant herauszunehmen und dann zu versuchen, ihn abzuschleppen. Der Wind blieb zum Glück überlandig, sonst wäre jede Mühe umsonst gewesen und der „Roland“ nicht mehr. Nachdem die Arbeit des Ausladens den 26. u. die Nacht zum 27. hindurch fortgesetzt war, kam Kapitän-Lieutenant v. der Kapitän „Nordstern“ überein, daß dieser, als älterer Offizier, den ersten Versuch machen sollte, den „Roland“ abzuschleppen; nachdem er aber ein schweres Tau nach dem andern gebrochen hatte und seinen Erfolg sah, gab er der „Gertha“ das verabredete Signal, ihn nun abzulösen. Aber auch selbst der kräftigen Maschine der „Gertha“ gelang es nicht, den „Roland“ in Bewegung zu setzen. Eben so wenig Erfolg hatte das Zusammenwirken der „Gertha“ mit einem großen Raddampfer der Messageries impériales. Man kam nun zu der Befürchtung, der „Roland“, habe sich einige Felszacken so tief in Boden und Kiel eingeernt, daß man bei Anwendung einer so starken Zugkraft ihn eher auseinander reißen, als abschleppen würde. Am Abend des 27. traf auf dem Schaulplatz die französische Korvette „Kantinat“ und in der Nacht die französische Fregatte „Menominee“ mit dem Admiral Simon ein. Beide Schiffe hatten Taucher an Bord und konnten nun die unter Wasser nötige Arbeit vorgenommen werden; die Taucher entfernten mehrere Felsstücke und einige schon abgerissene Theile des Kiels, die sich dem Abschleppen entgegenstimmten, der „Roland“ wurde durch dann seitwärts beigelagte leere Prähme noch mehr gehoben und am 29. Vormittags wurde endlich der „Roland“ durch die vereinte Anstrengungen von „Gertha“ und „Kantinat“, unter donnerndem Hurrah der Schiffsbesatzungen, losgeschleppt und — war flott, ohne daß der Schiffsboden ein ernstliches Verloren erhalten hatte. — So hatte die „Gertha“ die Genußgung, ihre Anstrengungen durch Erfolg gekrönt zu sehen, nachdem der „Nordstern“, schon daran verzweifeln, sich nach Smyrna zurückbegeben hatte. Die „Gertha“ war das Schiff des Tages und die Dankbarkeit der Franzosen den preussischen Offizieren gegenüber, welche Tag und Nacht nicht geruht hatten, um das gestrandete Schiff zu retten, äußerte sich in lebhafter Weise. Nachdem die „Gertha“ nach Smyrna zurückgekehrt war, trafen am andern Tage die französischen Schiffe daselbst ein. Der Admiral Simon und das französische Offizierscorps machten Visiten an Bord der „Gertha“, um abermals ihren Dank auszusprechen für die bereitwillige und aufopfernde Unterstützung, die ihnen von der Norddeutschen Marine zu Theil geworden war. Der Kapitän des geretteten „Roland“ gab den Gefühlen seines Dankes außerdem noch einen brieflichen Ausdruck.

Wochenkalender für Konturfe und Substationen.

B. Substationen.

Es werden öffentlich und meistbietend versteigert:

Mittwoch den 5. Februar cr. 1) Bei dem Kreisgericht zu Posen: a. das zu Rogasen unter Nr. 285. belegene, dem Maurermeister Ludwig Wagner gehörige Grundstück, abgetheilt auf 7365 Thlr. 28 Sgr. 9 Pf. b. das im Dorfe Polajewo unter Nr. 53. belegene, dem Heinrich Karl

Krüger und seiner Ehefrau Pauline geb. Rosentreter gehörige Grundstück, abgetheilt auf 8548 Thlr. 23 Sgr. 4 Pf.

2) Bei der Gerichtsstabs-Kommission zu Neustadt a. O. die der Juliana verwittwet gewesenen de Sublin geb. Mikowska wiederberecht. Weisner gehörigen Grundstücke Stadt Mieszkow Nr. 4. und 76. und Dorf Mieszkow Nr. 47. abgetheilt auf 2569 Thlr.

Donnerstag den 6. Februar cr. 1) Bei dem Kreisgericht zu Wollstein das dem Wilhelm Pasche und seiner Ehefrau Juliana geborenen Wende gehörige, zu Neu-Luchorzer-Wald-Pauland unter Nr. 11. belegene Grundstück, gerichtlich abgetheilt auf 1070 Thlr.

2) Bei dem Kreisgericht zu Kempen das im Dorfe Borek mied. Lecti sub Nr. 11. belegene und den Thomas und Susanna geborenen Glas Namrot'schen Eheleuten gehörige Grundstück, abgetheilt auf 683 Thlr. 21 Sgr. 10 Pf.

Aufgehoben ist der bei dem Kreisgericht zu Lissa in der Substationssache des Jakob und Anna Rosina Schirmer'schen Eheleuten gehörigen, im Dorfe Murke unter Nr. 35. belegenen Bauernwirtschaft anberaumte Versteigerungstermin.

Freitag den 7. Februar cr. 1) Bei dem Kreisgericht zu Wollstein:

a. das dem Johann Gottlieb Kluge und seiner Ehefrau Johanna Juliana geborenen Wende gehörige, zu Neu-Luchorzer-Wald-Pauland unter Nr. 11. belegene Grundstück, gerichtlich abgetheilt auf 1070 Thlr.

b. die dem Christian Kuske und den Erben seiner verstorbenen Ehefrau Johanna Clara geb. Durak gehörige, zu Droniki unter Nr. 12. und Nr. 25. belegenen Grundstücke, das erstere auf 450 Thlr. 20 Sgr., das letztere auf 100 Thlr., zusammen gerichtlich abgetheilt auf 550 Thlr. 20 Sgr.

Montag den 10. Februar cr. 1) Bei dem Kreisgericht zu Krosno die zu Blawie sub Nr. 16. mit Gebäuden und sub Nr. 17. ohne Gebäude belegenen, den Mathias und Josepha geb. Maniewska'schen Eheleuten gehörigen Ackerwirtschaften, von welchen die erstere abgetheilt auf 5350 Thlr. 10 Sgr., die letztere auf 5476 Thlr. 11 Pf., beide zusammen abgetheilt auf 10,826 Thlr. 10 Sgr. 11 Pf.

Aufgehoben ist die bei dem Kreisgericht zu Krosno eingeleitete Substationssache des Eheleuten Rafimir und Marianna Kowalski gehörigen Grundstück Gosiejewo Nr. 30.

Specielles Verzeichniß

der für die Hilfsbedürftigen in Ostpreußen und Posen eingegangenen Beiträge.

(Fortsetzung.)

(Die Namen der mit N. N. bezeichneten Geber waren unleserlich.)

Legter Beitrag 5451 Thlr. 14 Sgr. 9 Pf. und 2 Rub. 50 Kop.

Sammlung des Herrn Kuczyński: Rfm. Heimann Marcus 10 Thlr., Rutscher August Geisler 15 Sgr., Rfm. v. Koronowicz 1 Thlr., L. Kantorowicz 1 Thlr., Moritz Kog 1 Thlr., S. K. 15 Sgr., Jakob Neufeld 15 Sgr., S. Heimann 1 Thlr. In Summa 15 Thlr. 15 Sgr.

Sammlung des Herrn Martin: Weiß 1 Thlr., Lambert 6 Thlr., Dr. v. Kozłowski 3 Thlr. In Summa 10 Thlr.

Sammlung des Herrn Diersen v. Below: Hr. Lieuten. v. Barfuß-Baltenberg 1 Thlr. f. Ostpr., Sel. Lieut. Hertwig 1 Thlr. f. Ostpr., Sel. Lt. Schulze 1 Thlr. f. Ostpr., Prem.-Lt. Vinke 1 Thlr. f. Ostpr., Sel. Lieut. Neumann 1 Thlr. f. Ostpr., Rittmeister v. Wanslein 2 Thlr., Hauptm. v. Schierstedt 1 Thlr. f. Ostpr. In Summa 8 Thlr.

Sammlung der Herren Lissner u. Kleemann: Hr. Laura Baarh 25 Thlr. f. Ostpr., Heimann Saul 10 Thlr., Nathan Hamburger 2 Thlr., Paul Solowicz 5 Thlr., Baumelster J. A. Beyer 3 Thlr., Kaufm. S. M. Nathan 1 Thlr., Wwe. Korach 10 Sgr., N. N. 10 Sgr., Wwe. Madt 2 Thlr., Destillateur Koschmann Labischin 2 Thlr. f. Posen, N. N. 1 Thlr. f. Posen, J. K. 1 Thlr., Kaufm. Bräntel 1 Thlr., N. N. 10 Sgr. f. Posen, N. N. 1 Thlr., Herrmann Caro 1 Thlr., Michaelis Köplich 3 Thlr., Adolph Heiser 1 Thlr., Herrmann Neumark 20 Sgr., S. Belsch 1 Thlr., Mann Möller 1 Thlr., Frau S. P. 15 Sgr., Rfm. Rud. Kleemann 10 Thlr., Rfm. Abr. Pachtler 2 Thlr., Buchsenmacher Sperling 5 Sgr., L. Wuerbach 5 Thlr. f. Posen, A. S. Heiser 1 Thlr. f. Posen, Louis Göb 2 Thlr., Wittwe Goldschmidt 20 Sgr., Gastwirth Bachmann 15 Sgr., S. L. 1 Thlr., Adolph Damrosch 1 Thlr., Wittwe Amalie Bley 2 Thlr., Reb. Brodny 5 Thlr., D. B. 1 Thlr. In Summa 94 Thlr. 15 Sgr.

Herrn sind eingegangen: vom Kaufmann Plescher 5 Thlr., Dr. S. Segelst 15 Thlr., Hr. Neustädter 15 Sgr., gesammelt durch den Dienern Pozanski 100 Thlr. 10 Sgr., vom Reg.-Assessor v. Wegner 3 Thlr., v. Treßow-Wierzonja 15 Thlr., Franz Jagielski 2 Thlr., Samuel Sasse (für verarmte Arme) 100 Thlr.

Im Ganzen sind eingegangen 5820 Thlr. 9 Sgr. 9 Pf. und 2 Rub. 50 Kop.

Sammlung für Ostpreußen.

An Beiträgen für die Nothleidenden in Ostpreußen gingen uns ferner zu: Von P. u. S. in Dobrzyca der Ertrag einer Spielpartie, bestehend in 1 Thlr. Fernere Beiträge nimmt gern entgegen Die Expedition dieser Zeitung.

Angelommene Fremde

vom 4. Februar.

SCHWARZER ADLER. Rittergutsbesitzer Luther aus Popuchowo, Kaufmann

Kösch aus Berlin, Rentier v. Kowalewski aus Breslau.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsbesitzer v. Moszczynski aus Brzeszce und

v. Luboski aus Polen, die Gutsbesitzer v. Czerwinski aus Czachowo

und v. Stajnski aus Konarzemo.

BAZAR. Gutsbesitzer Potocki aus Bedlewo, Bürger Mieroslawski a. Snesen.

HOTEL DE PARIS. Die Rittergutsbesitzer v. Budziszewski aus Kiaz und v.

Chranowski aus Broniszewo, Agronom Richter aus Morowina,

Landwirth Bahr aus Rogasen, Kaufmann Stan aus Gollancz,

KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISHEN HOF. Die Kaufleute Gebr. Lewyn

aus Dolzig, Heldt aus Miloslaw, Meyer aus Gräg und Braun aus

Kawicz, Wirthschafts-Inspktor Klein aus Slawno, Gutsbesitzer Knoch

aus Wocalkowo.

BERNSTEIN'S HOTEL. Die Kaufleute Glas und Glud aus Gräg, Mühlen-

besitzer Ranel aus Neutomysl, Rabbiner Dr. Porowski aus Markt-

Friedland.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Am Donnerstag den 13. Februar c. um 11 Uhr Vormittags sollen drei ausrangirte Postwagen, ein zweifacher und zwei vierfacher, auf dem hiesigen Posthofe im Wege der Auction, unter Vorbehalt des Zuschlags der Ober-Postdirektion, meistbietend verkauft werden.

Drei Tage vor dem Verkaufstermine werden dieselben in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr zur Ansicht ausgestellt sein.

Posen, den 3. Februar 1868.

P o s t - A m t.
Skrzeeska.

Bekanntmachung.

Pfänderauslösung und Versteigerung. Sonnabend den 25. April d. J. ist der letzte Termin zur Auslösung der vom 2. October 1866 bis ult. März 1867 verpfändeten Pfänder und zwar von Nr. 6101. bis 10,766 inkl.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags ausgelöst werden.

Hierauf Montag den 27. April d. J. und die folgenden Tage öffentliche Versteigerung im Lokale der Pfandleihanstalt, Schulstraße Nr. 10.

Posen, den 25. Januar 1868.

Der Magistrat.

Handels-Register.

In unser Register zur Eintragung der Ausschließung der ehelichen Gütergemeinschaft ist unter Nr. 149. heute eingetragen, daß der Kaufmann Julius Woißkopf zu Posen für seine Ehe mit Fanny Woißkopf durch

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreis-Gericht zu Birnbaum, den 14. December 1867.

Das zu Krebbel mühle unter Nr. 34. belegene, dem Mühlenbesitzer Karl Julius Karow und seiner Ehefrau Anna geborenen Schwachhöfer gehörige Mühlengrundstück, abgetheilt auf 6470 Thlr. zufolge der nebst Hypothekenbuche und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Tage, soll

am 20. Juli 1868

Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihrem Ansprüche bei dem Gerichte zu melden.

Die unbekanten Erben des Ausgedingers Samuel Röhr und seiner Ehefrau Dorothea geb. Lehmann werden öffentlich vorgeladen.

Vertrag vom 21. December 1860 die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes ausgeschloffen hat.

Posen, den 29. Januar 1868.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung.

Sprzedaż konieczna.

Królewski sąd powiatowy

w Międzychodzie,

dnia 14. Grudnia 1867.

Nieruchomości położone w Krebbelmühle pod Nr. 34. do własności młyni Karola Juliusa Karowa i żony jego Anny z Schwachhoferów należące, oszacowane na 6470 tal. wedle taksy, mogącej być przejrzaną w wykazem hipotecznym i warunkami w registraturze, ma być

dnia 20. Lipca 1868.

przed południem o godzinie 11.

w miejscu zwykłym posiedzeń sądowych sprzedane.

Wierzyciele, którzy dla pretensyj realnej nie okazującej się z księgi hipotecznej, zapokojują z ceny kupna pozukują, winni się z swoją pretensją do sądu zgłosić.

Nieznanym sukcesorów wmiernika Samuela Roehra i żony jego Doroty z Lehmannów zapożywa się publicznie.

Bekanntmachung.

Das erbbaufällige Liquidations-Verfahren über den Nachlaß des zu Posen am 3. Juli 1866 verstorbenen Hauptmanns Peter Paul von Polczynski ist beendet.

Posen, den 11. Januar 1868.

Königliches Kreisgericht.

Abtheilung für Civilsachen.

Die beiden hierseits am alten Markte gelegenen, zum Nachlaß des Definitors Peter Paul Subert gehörigen Hausgrundstücke Altstadt Nr. 10. und 11. sollen einzeln oder auch zusammen aus freier Hand verkauft werden.

Kaufslustige werden ersucht, ihre Gebote an den unterzeichneten Bevollmächtigten der Subert'schen Erben entweder schriftlich oder mündlich in dessen Bureau in den Nachmittagsstunden abzugeben, wo zugleich genaue Auskunft über den hypothetischen Zustand der beiden Grundstücke erteilt werden kann. Posen, den 31. Januar 1868.

Der Justiz-Rath Tschuschke.

Auch in diesem Jahre werde ich den Herren

Besitzthümern verkaufen wollen, zahlungsfähige

Käufer zuführen und ersuche daher Die-

jenigen, welche mir noch keine Anschläge einge-

sandt haben, dieselben vertrauensvoll bald zu-

kommen zu lassen.

Posen, im Februar 1868.

Ehrhardt, k. pens. Rechnungsrath.

Die Herren Gutsbesitzer,

welche einen günstigen Verkauf oder eine Verpachtung ihrer Besitzung wünschen, bitte ich um recht baldige werthe Aufträge. Kauf- und Pachtlust versprechen bei den günstigen friedlichen Ausichten jetzt recht rege zu werden;

es haben sich schon viele ernste

vermögende Käufer und

Pächter an mich gewendet. Auf

die nahe Pachtaison mache beson-

ders aufmerksam. Herrm.

Lesser, konzess. Güteragent,

Berlin, Bauhof 1. (NB. Für reelle

Geschäftsweise und Discretion bü-

gen die besten Referenzen.)

Ein Gut von 600 bis 800 Morgen gutem

Boden wird zu Pacht zu pachten gewünscht.

Etwaige Verpächter erfahren das Nähere durch

Gerson Jarecki,

Magazinstraße 15. in Posen.

(Beilage.)

Gasthofs-Verkauf.

Die zu Dom. Zembowo gehörende Gastwirtschaft mit Scheune und Stallungen, sämtlich im guten baulichen Zustande, soll bei einer Anzahlung von 1000 bis 1500 Thlr. aus freier Hand verkauft werden. Fünftägig Morgen Land, darunter Hopfenboden und ausreichende Wiesen können dazu auf Wunsch pachtweise überlassen werden. Näheres auf frankirte Anfragen beim Wirtschaftsamte Zembowo bei Neu-Radt bei Pommern.

Die unterm heutigen Tage erfolgte Eröffnung eines am hiesigen Plage gegründeten **Agentur-, Kommissions- und Incasso-Geschäfts** beehre ich mich hiermit ganz ergebenst anzuzeigen.

Max Wolfsohn,

Comptoir: Bergstraße Nr. 8. Parterre.

Geschäfts-Eröffnung!

Vom heutigen Tage habe ich am hiesigen Plage eine

Korken-Fabrik

eröffnet und empfehle mein Lager aller Sorten **Wein-, Bier- und Mirtur-Korken, Korkpunde, Korksohlen** etc. zu soliden Preisen.

Max Petersdorff,

Korken-Fabrikant.

Bronterstraße Nr. 8.

Von Ostern d. J. ab finden ein oder zwei Mädchen bei einer in der Nähe der besten Schulen **Breslau's** wohnenden gebildeten Witwe aus anständiger Familie, deren einzige Tochter eine höhere Mädchenschule besucht, Pension resp. mütterliche Pflege. Ein guter Knecht steht zur Verfügung.

Nähere Auskunft erteilt gefälligst Herr Dr. **H. Grütz** im Bräutlichen Seminar.

Ein fast noch neuer **Gehpelz** ist zu verkaufen. Näheres im Laden Capieaplag- u. Friedrichs-straßen-Ecke Nr. 36.

Zum Beginn der Bauzeit empfiehlt **guten Gogoliner Städtst** bei prompter Bedienung und preiswürdig — auf beliebige Stationen stellbar. Gogolin D/S. Das Expeditions-Bureau: **Herm. Jaroschek.**

Donnerstag den 6. Februar bringe ich mit dem **Krähzuger** einen großen Transport **frischmelender Rehrücher Röhre** nebst **Kälbern** in Keilers Hotel zum Verkauf. **W. Hamann.**

!Wiederholt!

Wegen **gänzlicher Aufgabe** des Geschäfts haben wir, um möglichst schnell damit zu räumen, die Preise für die noch vorhandenen Waaren nochmals **bedeutend herabgesetzt.**

M. Magnuszewicz & Co.

Den geehrten Herren **Höteliers** hier offerire ich einen **Posten schöner Klingelzüge** zu auffallend billigen und herabgesetzten Preisen.

M. Zadek jun., Neuestraße 4.**Singers echt amerikanische Nähmaschinen**

sind die **einfachsten** in der Konstruktion, am **dauerhaftesten** in Hinsicht des Materials und am **vielseitigsten** in der Leistungsfähigkeit, da es die **einzigsten** Maschinen sind, die alle Arten Stoffe mit allen Sorten Nadeln gleichmäßig schön nähen.

Die neue Familien-Nähmaschine

arbeitet geräuschlos, leicht u. sicher und näht sowohl die feinsten, wie auch ganz starke Stoffe; der Hauptvorteil gegen andere Nähmaschinen gegenüber ist aber, daß die **Singersche Maschine** kaum die Hälfte der Apparate bedarf, welche andere Nähmaschinen haben müssen, aber dennoch **bessere und vielseitigere Arbeiten** liefert, wie irgend andere Systeme, und ist dadurch das Erlernen des Nähens und die Handhabung der Maschine **staunenswert leicht**. Auch braucht diese Maschine bei der Reinigung nie auseinander geschoben zu werden, da die Mechanik geschützt ist und nicht schmutzig wird, es ist dadurch die Maschine stets zum Gebrauch fertig. Diese Maschine wird auch geliefert mit

Kettensich- und Knopfloch-Apparat.**Singers Nr. 2. Maschine**

für **Schneider, Schuhmacher, Kürschner, Sattler** und alle **Gewerbetreibende** ist in den **königl. preuss. Militär-Werkstätten** zahlreich vertreten und bei Tausenden von Handwerkern in Gebrauch. Diese Maschine ist, von Fachmännern anerkannt, die **beste und billigste**, da dieselbe durch Haltbarkeit und stets korrekten Gang auch bei der angestrengtesten jahrelangen Benutzung jedes andere Fabrikat übertrifft.

Obige Maschinen sind stets bei mir in **Thätigkeit** zu sehen, werden unter vollständiger Garantie verkauft und können auch durch Miete als Eigentum erworben werden.

Gebrauchsanweisungen in deutsch und polnisch. **Unterricht gratis** in oder außer dem Hause.

Die Agentur für das Großherzogthum bei

Anna Scholtz

in Posen, Wilhelmsstr. Nr. 24.

Milch.

Die anerkannt schöne Milch vom Dominium **Chudowo**, Wilhelmsstraße Nr. 16a. neben der Hofbuchdruckerei, erhalte ich jetzt in größerer Quantität als bisher und kostet das Quart bis zum 31. März c. 1 Sgr. 2 Pf., worauf ich die geehrten Abnehmer aufmerksam mache.

Carl Handke.

Täglich frisch gebrannten Kaffee, namentlich **Gattungen à 11 und 12 Sgr. pro Pfund** empfiehlt in feinem Aroma.

T. Luziński,

Wilhelmsstraße Nr. 13.

Alle Sorten **Bacchist**, so wie **Phaumen-mus** in bester Qualität empfiehlt billigst

Horitz,

Kleine Gerberstraße 4.

Grün-Thee,

das Pfund 17 1/2 Sgr., zwei Pfund à 1 Thlr. offeriren

Gebrüder Miethe,

Capieaplag 1.

Fl. 20,000, 4000, 2000 etc. zu gewinnen am 19. d. Mts. in der **Frankfurt a/M. Geldlotterie.**

Hierzu versendet 1/2 Loose à 4 Thlr., 1/2 à 2 Thlr., 1/4 à 1 Thlr., nur gültig für obige Ziehung ohne Erneuerungsanspruch und Freilos, **S. Bach's** Lotterie-Geschäft, Berlin, Gertraudenstraße 4.

St. Martin 58. 1 Th. hoch ist sofort ein möbl. Zimmer zu vermieten.

Gr. Gerberstr. 25. 1 Th. v. h. möbl. B. z. verm. **Wallischei 87.**, 2 Treppen vorn heraus, wird zu einem möbl. mit Bett versehenen Zimmer ein Stubenkollege gewünscht.

Graben Nr. 25. Wohnungen von 6 und 3 Zimmern sofort zu vermieten. Näheres: Dr. Szafartewicz, Breslauerstraße 9.

Die billigste Buchhandlung der Welt. **Bücher-Preisherabsetzung!!** Interessante Werke u. Schriften! **Pracht-Kupferwerke!!** Klassiker, Romane, Belletristik, Unterhaltungslektüre u. v. v. für jeden Bücherfreund und jede Bibliothek!!

Bu herabgesetzten Spottpreisen!

Garantie für neue, vollständige, fehlerfreie Exemplare. **Kaulbach's Album**, Pracht-Kupferwerk, groß Folio-Format, Original-Bezeichnungen, von Wilhelm v. Kaulbach, nebst erklärendem Text, elegant gebunden, nur 35 Sgr.! — **Flygar**, Carlen's Werke, enthaltend deren so beliebte 14 Romane, die hübsche deutsche Ausgabe in 100 Bänden, nur 3 1/2 Thlr.! — (NB. Noch nie sind die so beliebten 14 Romane in 100 Bänden so billig offerirt.) — 1) **Mythologie, Illustrierte**, populäre, aller Völker, 10 Bände mit hundert Abbildungen. 2) **Geschichte der Schöpfung**, 2 Bde., mit den Kupferplatten, beide Werke auf nur 55 Sgr. — 1) **Lessing's** Werke, elegante schöne Oktav-Ausg., 2) **Historische Unterhaltungs-Bibliothek** beliebter Schriftsteller, in 25 Theilen, beide Werke zusammen nur 1 Thlr.! — **Meyer's Universum**, weltberühmtes Pracht-Kupferwerk, mit den hundert Stahlstichen, die beste Quart-Ausgabe, in 3 Pracht-Einbänden, mit Vergoldung, nur 3 Thlr. 28 Sgr.! (Werth über das Vierfache). — 36 der beliebtesten neuesten Tänze für Clavier, auf nur 38 Sgr.! — **Büffon's illust. Naturgeschichte**, 2 Bände mit hundert Kupfern, nur 1 Thlr.! — **Volger's Naturgeschichte aller Reiche**, 3 Bände, groß Oktav, mit über 1200 Abbildungen, nur 35 Sgr.! — 1) **Livingstone's Reisen**, 2) **Anderson's Reisen**, 3) **Bogel's Reisen**, alle drei Werke zusammen nur 40 Sgr.! — 1) **Humboldt's Cosmos**, die Cotta'sche Original-Ausgabe in 4 Bänden, eleg.! 2) **Humboldt's Erinnerungen**, Briefe, Nachlaß etc., elegant, 3) **Hoffmann's Geographie**, mit vielen Kupfern (auch Farbendrucke), alle 3 Werke zusammen nur 4 1/2 Thlr.! — **Gothe's sämtliche Werke**, die feine vollständige Cotta'sche **Pracht-Ausgabe**, feinstes Papier, mit Portr. in Stahlst., elegant! nur 8 Thlr.! — 1) **Schiller's** sämtl. Werke, die vollständige Originalausgabe in 12 Bänden, 2) **Lichtenberg's** Werke, 5 Bände, mit Holzsch., 3) **Die Schätze der deutschen National-Literatur** in Wort und Bild, großes Pracht-Kupferwerk in 90 feinen Illustrationen, herausgegeben von den bedeutendsten neuesten Schriftstellern, groß Folio, elegant, alle drei Werke auf nur 2 Thlr. 28 Sgr.! — 1) **Gru-moristische Bilder**, Album aus den Düsselborfer Monatsheften, mit den feinen Kupfern, groß Quart, 2) **Memoiren der Rigolboche**, beide Werke auf, 1 Thlr.! — **Greya**, beliebtes Kupferwerk, groß Quart, mit über 100 Illustrationen (auch Stahlstiche und Farbendrucke), nur 35 Sgr.! — **Deutsche Jugend-Zeitung**, Große, 3 Jahrgänge, größtes Okt.-Format, Ladenpreis 8 Thlr. à 1 Thlr.! (Alle drei Jahrgänge auf, an Inhalt eine Jugendbibliothek v. 20 Bdn. repräsentirend, nur 2 1/2 Thlr.) — **Die Kunstschätze Wien's**, großes Pracht-Kupferwerk ersten Ranges, mit erklärendem Text von Berger, **sämtliche Wiener Gemälde-Galerien** enthaltend, mit 108 meisterhaften Stahlstichen, (Kunstblätter des österr. Lloyd in Triest) größtes Quart, Pracht-Ausg., statt 30 Thlr. nur 6 Thlr.! (Kleinere Ausg. 3 Thlr.) — **Die Kunstschätze Venedig's**, Gallerie der Meisterwerke venetianischer Malerei, großes Pracht-Kupferwerk, dito, vom Lloyd in Triest, Text von Pedit, do., nur 6 Thlr.! — **Thiunne's** sämtl. Werke, 8 Bde., nur 40 Sgr.! — **Löbe's Wandwirtschaft**, 700 Dtauseiten Text, mit 300 Illustrationen nur 1 Thlr.! — 1) **Der Giepel** (vers.), 2) Ein gefallener Engel, beide Bücher auf nur 1 Thlr.! — **Casanova's Memoiren**, vollständige deutsche illustrierte Pracht-Ausgabe in 17 Bänden, groß Oktav, nebst der Bildergalerie von ca. 100 Kupferplatten, nur 8 Thlr.! — 1) **Casanova's** Memoiren, Auswahl mit Kupfern, 2) **Pariser Balladen und Wälle**, Studien, mit Titelbild, beide Werke auf nur 1 1/2 Thlr.! — 1) **Chateaubriand's** sämtliche Werke, illustrierte neueste Ausg., in 12 Bdn., mit Stahlst., in reich vergold. Pracht-Einb., 2) **Unterhaltungs-Maga-zin**, über 100 Romane, Novellen etc., mit 125 Illustr., Quart, beide Werke zusammen nur 2 1/2 Thlr.! — **Charvatiel's** **Knabens**, Abenteuer etc., neueste große deutsche Pracht-Ausgabe, vollständig in 2 großen Oktavbänden, elegant, 2 1/2 Thlr.! — **Kaulbach's** Auswahl, 3 Bde., 28 Sgr.! — **Pöhlgr. Weltgeschichte**, 7te neueste Auflage, 5 Bde. gr. Okt., nur 58 Sgr.! — **Humboldt's** Reisen, die vollständige neueste Ausgabe, 12 Theile, in 2 starken Bänden, Velinpapier, eleg., nur 45 Sgr.! — **Freierunden**, großes Pracht-Kupferwerk mit hundert Abbildungen und Kunstblättern (Stahlstiche und Farbendrucke), Text der beliebtesten Schriftsteller, 2 Bde., größt Oktav-format, auf nur 48 Sgr.! — 1) **Memoiren einer Lorette**, 2) einer leichteren Person, 3) eines Kammernadlens, 3 Werke mit Bildern, auf nur 58 Sgr.! — 1) **Haus's** sämtl. Werke, 15 Theile, Klassiker-Format, 2) **Fischel's** Novellen, 3 Oktavbände, beide Werke auf nur 2 Thlr. 28 Sgr.! — **Wieland's** sämtl. Werke, neueste Original-Ausgabe, in 36 starken Bänden, eleg., nur 6 Thlr.! — **Visch**, dargestellt in 16 Kunstblättern, Quart, nur 2 Thlr.! — **Alex. Dumas' Romane**, deutsch, 128 Theile, nur 4 1/2 Thlr.! — **Eugen Sue's Romane**, deutsch, 128 Theile, nur 4 1/2 Thlr.! — **Therese philosoph.**, 1775, nur 2 Thlr.! — **Die geheime Hilfe**, von Dr. Heinrich, (versiegelt), 1 Thlr.! — **Die Geheimnisse des Theaters**, 10 Bände mit Kupferplatten — nur 3 Thlr.! — **Memoiren von Ninon de l'Enclos**, 2 Bde., nur 28 Sgr.! — **Illustrierte Zeitung**, der vollständige Band, größtes Format, mit vielen Tausenden Abbildungen, nur 1 Thlr.! (6 verschiedene vollständige Bände zusammen nur 5 Thlr.) — **Musée secret**, dargestellt in Kunstblättern, 2 Thlr.! — **Gedichte nach Grecourt**, 2 Bände groß Oktav, mit Titelbild (selten), 2 Thlr.! — **Die Geheimnisse des Schaffot's**, von Sanfon, Scharfrichter, vier Bände, groß Oktav, nur 28 Sgr.! — **Friederike Bremer's** Romane, 92 Theile, nur 3 Thlr.! — **Benedict und Neapel**, 8 Theile mit 48 Pracht-Stahlstichen, von Poppel und Kurz, nur 1 1/2 Thlr.! — **Venden im Buchstabe**, von Reinhardt, nur 1 1/2 Thlr.! — **Conversations-Lexikon**, großes allgemeines, neueste Aufl., 1852, vollständig in 15 starken Bänden, größtes Lexikon-Format, A—Z, statt 15 Thlr., nur 6 Thlr.! — **Hamburger Broschüren**, von 10 Sgr. bis 1 Thlr., je nach Ordre. — **Sulzer's und Scott's** ausgewählte Romane, 9 Bände, groß Oktav, nur 1 Thlr.! — **Album von 200 Ansichten, Städten, Gebäuden**, Zeichnungswürdigkeiten, auf feinen Stahlstichen, in Quart, mit vergoldeter Enveloppe, nur 1 Thlr.! — **Bibliothek deutscher Klassiker**, 60 Bände mit Portraits der Dichter, zusammen nur 1 Thlr.!!

werden bei Aufträgen von 5 Thlr. an die bekannten Zugaben beigelegt; bei größeren Bestellungen noch: **Kupferwerke, Klassiker etc.**

Geschäftsprinzip! Jeder Auftrag wird sofort prompt und exakt vollständig effectuirt, wie bereits seit über zwanzig Jahren. Ein geehrtes Publikum, wie unsere werthen Kunden in fast allen Orten Deutschlands, bitten Ihre Ordres wiederum einzusenden an die

J. D. Polack'sche Export-Buchhandlung in Hamburg,

Geschäfts-Localitäten: Bazar 6/8.

Ein **Brennerei-Verwalter** (gegenwärtig in Stellung), der deutschen u. polnischen Sprache mächtig, mit guten Zeugnissen versehen und im Stande, eine ansehnliche Kaution zu stellen, sucht zum 1. Juli c. eine anderweitige Stellung. Beliebige Offerten erbittet man durch frankirte Briefe unter Chiffre **C. O.** poste rest. **Mur. Gostin.**

Lehrlinge, welche das Kortschneiden erlernen wollen, können sich melden in der Korkenfabrik von **Max Petersdorff**, Bronterstraße Nr. 8.

Ein junger Mann aus anständiger Familie kann in meinem Stettiner Getreide-Export-Geschäft als **Lehrling** sofort placirt werden. Selbstgeschriebene Briefe unter Adresse **Joseph Neisser**, Stettin.

Ein erfahrener, militärfreier **Zuspektor**, der schon mehrere Jahre selbstständig gewirtschaftet hat, sucht eine ähnliche Stellung sofort oder zum 1. März.

Gefällige Offerten unter **K. Z. 365**, **Straßburg**, Langestraße B. 177.

Für eine größere Wirtschaft wird ein nicht zu junger deutscher **Hofbeamter** gesucht, der polnisch spricht.

Meldungen nimmt die Expedition dieser Zeitung entgegen.

Ein geprüfter jüd. Lehrer (Primaner), der auch im **Hebräischen** und **Musik** unterrichten kann, wünscht vom 1. April c. bei ganz bescheidenen Ansprüchen eine Haus- oder öffentliche Lehrstelle in einer größeren Stadt. „Ausführliche“ Zeugnisse und Empfehlungen von Autorit. stehen zur Seite. Auskunft erteilt Herr **A. Malachowski** in Strzelno.

Zum 1. April kann ein junger Mann als **Wirtschaftslehre** placirt werden in **Kowalskie** bei Pudewitz.

Ein junger militärfreier **Wirtschafts-Zuspektor**, 8 Jahr bei derselben thätig, bei der **Landesprachen** mächtig, dem die besten Zeugnisse zur Seite stehen, sucht vom 1. April oder Juli eine andere Stelle. Gef. Off. sub **M. R.** poste rest. **Schwerfenz.**

Ein junger Mann wünscht in den Abendstunden eine Buchführung zu übernehmen. Gef. Offerten werden unter **E. P.** in der Exped. dieser Zeitung erbeten.

1 Thlr. Belohnung

Demjenigen, der mir meinen kleinen **Hund** (grauer Spitz), mit einem **Dhre**, wiederbringt. **Gieseke**, Bäderstraße Nr. 14.

Familien-Nachrichten.

Rebecca Vergas,
Moriz Kantorowicz,
Verlobte.

Grätz. Stettin.

Die Sonntag Abend glücklich erfolgte Verbindung meiner lieben Frau **Henriette** geb. **Kuttner** von einem munteren Töchterchen zeigt Verwandten und Freunden ergebenst an Posen, den 4. Februar 1868.

Adolph Mundt.

Gestern Abend entriß uns der unerbittliche Tod nach langem Schmerzenslager unsern innig geliebten Gatten, Vater, Sohn, Schwiegersohn, Bruder und Schwager, den Kaufmann

Max Schlegelinger,

in seinem 34. Lebensjahre.

Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Mittwoch Nachmittag 2 Uhr statt.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Todesfälle. Geh. Kanzleirath a. D. **Friedrich Wartsch** in Berlin, verw. Frau Superintendent **Amalie Starke**, geb. Kehler in Friedeberg a. M., Waisenhauslehrer **Hugo Dedert** in Bunzlau, Oberhofmeister **Kudolph v. Langenn** in Dresden, Frau **J. v. Lehsten**, geb. v. d. Lube in Ludwigslust, Frau **Margarete Deber**, geb. Taubert in Berlin, Knopfmacher **Guard Sommer** in Berlin, Frau **Mathilde Hoge**, geb. Avianus in Berlin, Frau **Sophie Köhler**, geb. Neumann in Schönwerde, Amtmann **August Wendenich** in Potsdam, königl. pens. Förster **Carl Schulze** in Dranienburg.

Stadttheater in Posen.

Dienstag, den 4. Februar. **Das Glöckchen des Eremiten.** Oper in 3 Akten. — Dann: **English spoken.** Pöffe mit Gesang in 1 Akt.

Mittwoch, den 5. Febr. Zum ersten Male: **Aschenbrödel.** Lustspiel in 4 Akten von H. Benedig.

Donnerstag, den 6. Febr. **Der Maurer und der Schlosser.** Komische Oper in 3 Akten von Huber. — Hierzu: **English spoken here.** Schwank in 1 Akt nach dem Französischen von A. Winter.

Volksgarten-Saal.

Das nächste (XV.) **Sinfonie-Konzert** findet nicht Mittwoch den 5., sondern **Mittwoch den 12. Februar** statt. **W. Appold.**

CONCERT

zu milden Zwecken in Schrimm am Sonntag den 9. Februar im Saale des Hrn. **Kadziłowski.** Anfang 7 Uhr Abends (präcise). Entrée 1 Thlr.

Volksgarten-Saal.

Heute Dienstag den 3. Februar 1868 **dritte große Vorstellung** der unter dem Patronat der Königin **Vittoria** stehenden

Japanesischen**Drachen-Truppe**

von London, Paris, Berlin etc. Sperrig 20 Sgr., Parterre-Stehplatz 10 Sgr., Gallerie 7 1/2 Sgr.

Kasseneröffnung 6 Uhr, Anfang 7 Uhr. Billets sind von 12 Uhr an im Saale zu haben. Alles Nähere besagen die Anschlagzettel.

Morgen Vorstellung. Wegen konfliktlicher Verpflichtungen nach St. Petersburg findet Freitag den 7. Februar c. **unwiderruflich die letzte Vorstellung** statt.

Wallace & Bert,

San Francisco.

Hilfe! Hilfe!**Kladderadatsch**

schwimmt!

Heute und morgen **Gisbeine** bei **H. Ellert**, Wallischei 91.

Börten-Telegramme.

W. zum Schluß der Zeitung ist das Berliner und Stettiner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

Börse zu Posen

am 4. Februar 1868.

Bonds. Posener 4% neue Pfandbriefe 86 1/2 Br., do. Rentenbriefe 89 1/2

Br., do. 5% Provinzial-Obligationen —, do. 5% Kreis-Obligationen 98 Br., do. 5% Odra-Meliorations-Obligationen 98 Br., poln. Banknoten 84 1/2 Gd. [Amtlicher Bericht.] **Woggen** [p. Scheffel = 2000 Pfd.] pr. Febr. 74 1/2, Febr.-März 74 1/2, März-April 74 1/2, Frühjahr 75 1/2, April-Mai 75 1/2, Mai-Juni 75 1/2. **Spiritus** [p. 100 Quart = 8000% Tralles] (mit Faß) gef. 12,000 Quart, pr. Februar 18 1/2, — 18 1/2, März 19, April 19 1/2, Mai 19 1/2, Juni 20 1/2, Juli —. [Privatbericht.] **Wetter:** Stürmisch. **Woggen** niedriger, pr. Februar 74 1/2 bz., 4 Gd., Febr.-März 74 1/2 Gd., Frühjahr 75 1/2 bz. u. Gd., April-Mai 75 1/2 bz. u. Gd., Mai-Juni 75 1/2 — bz. u. Br., Juni-Juli 74 1/2 bz. u. Gd., Juli-August 68 1/2 Gd. **Spiritus** behauptet, gef. 12,000 Quart, pr. Februar 18 1/2 — — bz., März 19 1/2 bz. u. Gd., April 19 1/2 bz., Gd. u. Br., April-Mai 19 1/2 Gd. u. Br., Mai 19 1/2 Gd., — Br., Juni 20 1/2 bz. u. Gd.

